

DER AKTUELLE STAND DER DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN

YVES BIZEUL

1. Einleitung

Die Beschwörung der deutsch-französischen Freundschaft gehört nach dem Politikwissenschaftler Gilbert Ziebura diesseits und jenseits des Rheins zum Ritual von Sonntagsreden und Regierungserklärungen.¹ Der deutsche Außenminister Joschka Fischer folgte diesem Ritual bewusst, als er am 20. Januar 1999 vor der französischen Nationalversammlung in einer programmatischen Rede betonte: „Das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland ist von ganz besonderem Charakter, ja tatsächlich einmalig. Aus jahrhundertealten Erbfeinden bis in die Neuzeit hinein wurden nicht nur gute und friedliche Nachbarn, sondern Freunde und Partner, deren Verhältnis sich als Motor der Integration des ganzen Kontinents erweisen sollte ...“. Abgesehen davon, dass die von Fischer angesprochene angebliche „jahrhundertealte“ Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland eine hartnäckige Legende ist,² sind solche Bekundungen nur begrenzt aussagekräftig, auch

¹ Gilbert Ziebura: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten. Stuttgart 1997, Vorwort zur Ausgabe von 1970, S. 11.

² „Dabei kann kein Zweifel herrschen, daß das Geschichtsbild der deutsch-französischen ‘Erbfeindschaft’ tatsächlich nicht mehr als eine Ideologie im primitivsten Sinne des Wortes war, nämlich falsches Bewußtsein, das überdies noch künstlich erzeugt werden mußte. Die Wirklichkeit sah ganz anders aus. Eine unbefangene Betrachtung ergibt, daß der Antagonismus als konstanter, die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich beherrschender struktureller Faktor erst ab 1870/71 existiert hat, ja vorher gar nicht existieren konnte, weil es seine wichtigste Voraussetzung nicht gab: den Aufeinanderprall zweier Nationalitäten, die dadurch gekennzeichnet waren, daß jede sich weitgehend nur als Negation der anderen zu begreifen vermochte“. Gilbert Ziebura, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945, S. 16.

wenn sie auf der symbolischen Ebene für die Fortsetzung der *Entente cordiale* zwischen den beiden Ländern von großer Bedeutung sind.

Fischer räumte in seiner Rede die Existenz von Spannungen in den deutsch-französischen Beziehungen ein und benannte dafür erklärende Gründe. Er stellte fest:

„In der letzten Zeit haben manche den Eindruck gewonnen, dass unsere Beziehungen an Intensität verloren haben ... Zum einen ist durch den Fall der Berliner Mauer, die Veränderung der sicherheitspolitischen Ordnung und durch die Globalisierung der internationalen Beziehungen eine neue Lage entstanden. Deutschland und Europa haben sich fundamental verändert und unsere Länder müssen in diesem veränderten Umfeld ihre Rolle und ihre Beziehung zueinander anpassen. Das ist ein Prozess, der Zeit und gegenseitiges Verständnis braucht. Zum anderen haben die starken Gefühle allmählich nachgelassen, die den Menschen nach dem Krieg die Kraft zur Versöhnung gaben ... Wir leben in einer Phase der „post-réconciliation“ (der Nachversöhnung), wie Hubert Védrine dies treffend formuliert hat. Das ist ein Grund zur Freude, nicht zur Nostalgie“.³

Der deutsche Außenminister verschleierte in seiner Rede die gegenwärtigen Probleme, die vor allem durch die neue geopolitische Weltkonstellation nach dem Ende des Kalten Kriegs und durch das Ende der Zeit der Versöhnung entstanden sind, nicht. Er betonte aber zugleich zurecht, dass sich trotz unterschiedlicher Nationalinteressen die deutsch-französischen Beziehungen in einer Phase der Konsolidierung befinden. Dieses scheinbare Paradox wird Gegenstand meines Aufsatzes sein.

2. Das deutsch-französische „Tandem auf Schlingerkurs“

Die Stimmen, die Ende der 90er Jahre behaupteten, die deutsch-französischen Beziehungen haben sich trotz der zahlreichen institutionalisierten Konsultationsmechanismen zwischen den beiden Ländern abgekühlt, waren zahlreich. Die „Konsenskultur“ seit Adenauer und de Gaulle schien weniger zu greifen als noch vor ein paar Jahren. Die Leitschrift der *Zeitschrift für Internationale Politik* vom September 1998 war bewusst pessimistisch. Sie lautete: „Deutschland-Frankreich: ein

³ Die Rede Fischers wurde in der Frankfurter Rundschau vom 03.02.1999 im Wortlaut dokumentiert.

„Tandem auf Schlingerkurs“.⁴ Die französischen und deutschen Mitautoren dieses Heftes versuchten das Schwanken des Tandems mit unterschiedlichen Erklärungsmustern zu erläutern: Nach Daniel Vernet, politischem Direktor der Tageszeitung *Le Monde*, haben wir es heute sowohl in Frankreich als auch in Deutschland mit einer neuen Generation von Politikern zu tun, die den Krieg nicht kennen gelernt haben. Sie seien aus diesem Grund nicht mehr so leicht für die Fortschritte der deutsch-französischen Verhältnisse zu begeistern. Günther Nonnenmacher, Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, ist seinerseits der Auffassung, dass die ideologische Auseinandersetzung mit den USA immer noch im Vordergrund der französischen Politik stünde und die Beziehungen zum USA-treuen Deutschland belasten würde - eine gewagte Behauptung, denn seit Anfang 1993 beobachtet man in Frankreich eher eine proatlantische Kurskorrektur.⁵ Die anderen Autoren sehen den Hauptgrund der derzeitigen Verstimmung in der Verschiebung der Macht in Europa seit der Wiedervereinigung in Richtung Deutschlands.⁶ Mit dem Ende des Kalten Krieges und mit der Vereinigung Deutschlands sei auf dem Kontinent eine neue Machtkonstellation entstanden: Frankreich habe aufgrund der Neuordnung des internationalen Systems 1989/91 an Einflussmöglichkeiten verloren. Es könne nicht mehr - wie zur Zeit des Kalten Krieges - eine der beiden Großmächte gegen die andere ausspielen und so an politischem Einfluss auf der internationalen Bühne gewinnen. Außerdem habe

⁴ Siehe dazu auch die Rezension der Ausgabe der Zeitschrift von Valérie Guérin-Sendelbach in: *Dokumente* 55 (1999) 1, S. 85-86.

⁵ Vgl. dazu: Daniel Colard: „Frankreich und die Atlantische Allianz“, in: *Dokumente* 54 (1998) 5, S. 364-368 und Michael Meimeth: „Frankreichs gewandeltes Verhältnis zur NATO - Alter Wein in neuen Schläuchen?“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1998*. Opladen 1999, S. 171-190. Die Weigerung der USA, das Südkommando der NATO einem Europäer übertragen zu lassen, blockierte bisher die Rückkehr Frankreichs in die integrierte Militärstruktur der NATO. Allerdings stellt man eine „Natoisierung“ der französischen Streitkräfte fest. Außerdem nimmt Frankreich an allen Gremien der NATO über die „Alliierten Streitkräftekommandos“ (Combined Joint Task Forces, CJTF) teil. Durch die CJTF soll ein Einsatz von NATO-Ausrüstungen durch Europäer, auch ohne die direkte Beteiligung der USA möglich gemacht werden. Dazu: Jean-Pierre Froehly: „NATO und Rüstungsindustrie: ESVI am Scheideweg?“, in: *Dokumente* 54 (1998) 5, S. 375-382, hier S. 377-378.

sich die Bedeutung seiner Nuklearwaffen als Großmachtattribut verringert.⁷ Weiterhin sei seit Ende des Ost-West-Konflikts die Position Frankreichs in seinen früheren Kolonialgebieten deutlich schwächer geworden. Deutschland sei dagegen in der Welt infolge der Vereinigung größer, mächtiger und selbstbewusster geworden. Mit anderen Worten: Es sei zu einer Infragestellung des Gleichgewichts zwischen „Atombombe“ und „D-Mark“ gekommen, und zwar zugunsten der deutschen Wirtschaftskraft, um die Begrifflichkeit Dominique Moïsis, des stellvertretenden Direktors des Institut Français des Relations Internationales (IFRI), zu übernehmen.

Die Ängste, die eine solche Verschiebung der Machtverhältnisse in Frankreich hervorrufen, hat Jacqueline Hénard in einem in der *Zeit* vom 4. Februar 1999 erschienenen Artikel mit dem Titel „Immer misstrauischer blicken die Franzosen auf Deutschland“ geschildert.⁸ Sie erwähnt mehrere kritische Stellungnahmen von französischen Intellektuellen zu dieser Frage: Der junge Ökonom Christian Saint-Etienne hat im Wochenmagazin *L'Express* Deutschland als rücksichtslose Wirtschaftsnation dargestellt, die jetzt für ein „natürliches Einflussgebiet von 180 Millionen Menschen“ stehe, die angeblich allesamt an „germanische Befehlsgeber“ gewohnt seien. Der liberale Ökonom Elie Cohen sprach seinerseits in einem Werk über die Globalisierung von einer neuen deutschen Arroganz und von einer grenzenlosen deutschen Bewunderung des angelsächsischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells. Er deutete den Umzug der Hauptstadt nach Berlin als Zeichen einer neuen deutschen, national

⁶ Die kritischen Stimmen zur „deutschen Frage“ in den französischen Medien lassen sich bis kurz nach dem Fall der Berliner Mauer zurückverfolgen. Siehe dazu: Koch, Ursula E.: Michel und Marianne nach dem Fall der Berliner Mauer: Wechselseitige Wahrnehmung in den Medien, in: Frankreich-Jahrbuch 1995. Opladen 1996, S. 81-96. Siehe auch: Joseph Jurt: „Deutsch-französische Fremd- und Selbstbilder“, in: Frankreich-Jahrbuch 1995, S. 57-80, hier S. 74ff. Hans Manfred Bock berichtet, dass 1991 das Pamphlet Emile Durkheims aus dem Ersten Weltkrieg „L'Allemagne au-dessus de tout. La mentalité allemande et la guerre“ unkommentiert neu aufgelegt wurde: Hans Manfred Bock: „Wechselseitige Wahrnehmung als Problem der deutsch-französischen Beziehungen“, in: Frankreich-Jahrbuch 1995, S. 35-56, hier S. 6.

⁷ Siehe dazu: Axel Sauder: „Integration und Souveränität: Paradigmen der deutschen und französischen Sicherheitspolitik“, in: Frankreich-Jahrbuch 1995, S. 153-173, hier S. 159.

⁸ Siehe auch dazu das Dossier in *L'Express* vom 25.02.1999: „France-Allemagne, l'imprévisible Schröder“, S. 42-45. Zu den neuen Ängsten der Franzosen im allgemeinen siehe das Dossier der Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog *Dokumente* „Französische Ängste“ mit den Aufsätzen von Medard Ritzenhofen: „Lamento in der Republik. Innenpolitische, kulturelle und identitäre Ängste in Frankreich“, in: *Dokumente*, 54 (1998) 1, S. 8-15, Henrik Uterwedde: „Wirtschaftliche Ängste und ihre Hintergründe“, in: *Dokumente*, 54 (1998) 1, S. 16-23 und Sabine von Oppeln: „Frankreichs außenpolitische Sorgen“, in: *Dokumente*, 54 (1998) 1, S. 24-31.

ausgerichteten Realpolitik.⁹ Die Germanistin Yvonne Bollmann schilderte in einem Hetzbuch¹⁰ die Gefahr, die für Frankreich aus der neuen Großmachtpolitik Deutschlands entspringe und behauptete sogar, das Vergabesystem für die neuen fünfstelligen Postleitzahlen sollte die spätere Eingliederung Elsaß-Lothringens, Schlesiens und des Sudetenlandes in ein Großdeutsches Reich vorbereiten. Als Beleg für ihre These gab sie an, dass die Postleitzahlzonen 05, 11, 43 und 62 an den entsprechenden Grenzschnitten lägen und nicht vergeben seien. Bollmann berief sich dabei auf einen Leserbrief, der in der PDS-nahen Zeitung *Neues Deutschland* veröffentlicht worden war. Deutschland würde nach der jungen Germanistin mit der Gründung eines föderalen Europas nur sein altes Ziel, über Europa vorzuherrschen, mit neuen Mitteln weiterverfolgen. Das Buch ist allerdings mit einer Auflage von 5000 Stück in Frankreich nur auf geringes Interesse gestoßen. Bewegt durch ähnliche Befürchtungen, warnte der junge Historiker Edouard Husson davor, dass die EU ein unbewusstes Herrschaftsinstrument Europas in den deutschen Händen werden könnte.¹¹ Auch der frühere Chef des französischen Geheimdienstes, Pierre Marion, erwähnte in einem Erinnerungsbuch das angeblich ungebrochene deutsche Streben nach Hegemonie.¹² Der Airbus-Manager Philippe Delmas beschrieb viel differenzierter die aktuelle Machtverschiebung zugunsten Deutschlands. Indes ist der Titel seines Werkes absichtlich provokant.¹³ Fast all diese Autoren gehören einer Generation an, welche die unmittelbare Nachkriegszeit nicht gekannt hat. Sie grenzen sich mit Absicht von den alten Mentoren einer deutsch-französischen Versöhnung wie Joseph Rovin, Alfred Grosser, René Lasserre oder Etienne François ab.

Eine zurückhaltende bis kritische Haltung gegenüber der neuen wirtschaftlich und politisch mächtigen Bundesrepublik findet man in Frankreich als Minderheitenstimme in fast allen politischen Lagern. Sowohl Linksozialisten bzw. linke Jakobiner

⁹ Elie Cohen: *La Tentation hexagonale : La souveraineté à l'épreuve de la mondialisation*. Paris 1996.

¹⁰ Yvonne Bollmann: *La Tentation allemande : Essai*, Paris 1998. Auch Paul-Marie Coûteaux stellt in *L'Europe vers la guerre. Maëstricht, Nuremberg, Amsterdam* (Paris 1998) Deutschland als Gefahr für den Frieden in Europa dar.

¹¹ Edouard Husson: *L'Europe contre l'amitié franco-allemande : Des malentendus à la discorde*. Paris 1998.

¹² *Mémoires de l'ombre : Un homme dans les secrets de l'Etat*. Paris 1999.

¹³ *De la prochaine guerre avec l'Allemagne*. Paris 1999.

wie Jean-Pierre Chevènement als auch Neogaullisten wie Philippe Séguin warnen vor der deutschen wirtschaftlichen Übermacht.¹⁴ Mit den Ängsten vor einem neuen Großdeutschland wird übrigens auch immer wieder Politik gemacht: Wolfgang Proissl erwähnte in einem Artikel der *Zeit*, dass 1999 der französische Botschafter François Scheer einige deutsche Journalisten einlud und sich über die Art, wie der neue Kanzler Gerhard Schröder die deutsche EU-Ratspräsidentschaft leite, beklagte. Mit dieser Äußerung wollte er bei der Diskussion um die Agenda 2000 Einsparungen in der Landwirtschaft verhindern.¹⁵

Das Unbehagen gegen das neue Deutschland ist in der kommunistischen Partei PCF besonders verbreitet und ausgeprägt. Aber auch linke, nicht kommunistische französische Intellektuelle haben die monatelangen Auseinandersetzungen um den Stabilitätspakt und die Benennung des Präsidenten der Europäischen Zentralbank gegen den Willen der Franzosen als Zeichen einer neuen deutschen Dominanz in der EU interpretiert. Der Soziologe Pierre Bourdieu sprach anlässlich des Ringens um den Stabilitätspakt und um die gescheiterte Forderung des französischen Premierministers Lionel Jospin nach einem europäischen „*gouvernement économique*“ (nach einer „Wirtschaftsregierung“ in Europa) von einem „teutonischen Markt-fundamentalismus“. Er prangerte das mit der Idee der Globalisierung verbundene neoliberale „eindimensionale Denken“ als neue Ideologie an, wie übrigens auch die Gruppe der *Economistes pour sortir de la pensée unique* (die Ökonomen, die sich für einen Abwenden vom einheitlichen Denken einsetzen¹⁶), und polemisierte

¹⁴ Siehe u.a. dazu: Jean-Pierre Chevènement: *Où va l'Allemagne*. Paris 1997.

¹⁵ Wolfgang Proissl: „Ein Freund bekommt Angst. Frankreichs Botschafter François Scheer verläßt Bonn voller Skepsis“, in *Die Zeit* vom 11. März 1999, S. 7. Proissl erinnerte in demselben Artikel auch an die Einbestellung des damaligen französischen Botschafter François Scheer durch Bundeskanzler Helmut Kohl ins Auswärtige Amt 1994, nachdem er in vertraulicher Runde über die wachsende Großmannssucht der Bundesregierung geklagt hatte: „Vor fünf Jahren, kurz nach seinem Amtsantritt in Bonn, provozierte Scheer einen Eklat: Er klagte in vertraulicher Runde über die aus seiner Sicht wachsende Großmannssucht der Bundesregierung in der EU. Wird das vereinte Deutschland Frankreich und die Union dominieren? Bedeutet der Berlin-Umzug, daß die Deutschen künftig nur noch nach Osteuropa blicken? Die Worte des Diplomaten wurden publik. Bundeskanzler Helmut Kohl war außer sich und ließ Scheer ins Auswärtige Amt einbestellen - unter befreundeten Staaten ein äußerst ungewöhnlicher Akt“. Siehe dazu auch den Artikel von Dieter Wenz: „Über die zentralen Fragen reden“, in der *FAZ* vom 7. Dezember 1995, S. 5.

¹⁶ Zur Globalisierungsdebatte und zur Kritik am „eindimensionalen Denken“ in Frankreich, siehe: Henrik Uterwedde: „Die Globalisierung und das ‚eindimensionale Denken‘. Neuerscheinungen zur Wirtschafts- und Sozialdebatte in Frankreich“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1997*. Opladen 1998, S. 265-275.

gleichzeitig gegen den damaligen Chef der Bundesbank Hans Tietmeyer, der in seinen Augen das neoliberale Denken geradezu verkörpert habe.¹⁷ Die Essayistin Viviane Forrester denunzierte etwa zu gleicher Zeit den „ökonomischen Horror“ des marktgerichteten Wirtschaftsliberalismus in einer Streitschrift, von der in Frankreich binnen kurzem mehr als 300.000 Exemplare verkauft worden sind.¹⁸ Die Verfasser von *Le Monde diplomatique* warnten sogar vor dem „neuen Totalitarismus“ der Marktwirtschaft mit ihrem Emblem Tietmeyer. Es sei weltweit Zeit für einen neuen „*contrat social*“ (Sozialvertrag), eine Idee, die sich Fischer übrigens in der oben zitierten Rede eigen gemacht hat.¹⁹

Man hätte denken können, dass sich nach dem Wahlsieg der Sozialdemokraten und der Grünen in Deutschland im Oktober 1998 die Beziehungen zwischen den beiden Ländern verbessern würden.²⁰ Weit gefehlt, im Gegenteil dazu kamen damals neue Ängste in Frankreich hoch. Helmut Kohl war jenseits des Rheins zum Wahrzeichen der deutsch-französischen Freundschaft und des Willens zur europäischen Vereinigung avanciert. Mit der Person Schröder wurden dagegen eher ein linker Nationalismus und zugleich auch wegen des Wahlslogans der „neuen Mitte“ (das Pendant von Blairs Idee des Dritten Weges) und aufgrund der Herkunft des neuen Kanzlers aus Hannover eine starke Orientierung nach England assoziiert. Man stellte sich in Paris ernsthaft die Frage, ob die Bundesrepublik anstelle der alten Achse Paris-Bonn jetzt nicht ein Dreieck Berlin-London-Paris errichten möchte. Als Vorbote dieser Neuorientierung wurde der Beschluss der Frankfurter Börse vom Juli 1998 gesehen, eine Allianz mit London einzugehen, obwohl sie seit einem Jahr mit Paris ver-

¹⁷ Siehe den Aufsatz von Pierre Bourdieu: „Krise des Wohlfahrtsstaats: Eine Polemik des französischen Soziologen Pierre Bourdieu“, in *Die Zeit* vom 1. November 1996, S. 2. Es handelt sich dabei um eine Reaktion auf ein Interview, das Tietmeyer der Zeitschrift *Le Monde* gegeben hatte.

¹⁸ Forrester, Viviane: *L'Horreur économique*. Paris 1996; dt.: *Der Horror der Ökonomie*. Wien 1997.

¹⁹ Dass die Berliner *taz* zusammen mit der Schweizer Wochenzeitung *Woz* seit Mai 1995 die deutschsprachige Ausgabe von *Le Monde diplomatique* herstellt, kann übrigens als Fortschritt der deutsch-französischen Beziehungen in der linken Szene betrachtet werden.

handelte sowie auch der gescheiterte Versuch von DaimlerChrysler Aerospace (Dasa), mit British Aerospace zu fusionieren. Die Angst vor einem deutschen Abdriften gen Osten, die unmittelbar nach der Wende vorhanden war, wandelte sich unter Schröder in eine Furcht vor einem deutschen Abdriften gen England. Die Ernennung der Leiterin der Sprachenabteilung des französischen Außenministeriums und früheren Dolmetscherin Brigitte Sauzay als Frankreich-Beraterin des Kanzlers konnte solche Befürchtungen nicht eindämmen, denn diese Nominierung hat nach den meisten Beobachtern vor allem einen Symbolcharakter. Frau Sauzay hat kaum wirkliche Einflussmöglichkeiten auf die wichtigen Themen der deutsch-französischen Beziehungen.²¹

Der Rücktritt Oskar Lafontaines vom Amt des Finanzministers hat in Frankreich solche Befürchtungen noch verstärkt. Lafontaine ist schon seit langem ein Vertrauter der französischen Sozialisten. Außerdem war sein Versuch, die Macht der globalen Marktwirtschaft zu begrenzen, wohlwollend, wenn auch nicht ohne eine gewisse Skepsis, in Paris registriert worden. Anfang 1999 noch hatten Dominique Strauss-Kahn und Oskar Lafontaine gemeinsam ein Memorandum zur Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa veröffentlicht. Beide Finanzminister sprachen sogar von einer neuen „philosophischen Konvergenz“ in Europa. Sie stellten fest, dass in 13 von 15 EU-Mitgliedsstaaten Sozialisten oder Sozialdemokraten an der Regierung waren. Sie alle seien sich über die Notwendigkeit einig, die Stabilität der Preise und die Solidarität der Haushalte zu wahren. Sie würden die Stabilität aber nicht als Entschuldigung dafür gelten lassen, dass die Regierungen und die Notenbanken ihre Rolle bei der Konjunktursteuerung und ihre Verantwortung für die Beschäftigung nicht wahrnehmen. Strauss-Kahn und Lafontaine waren beide für eine Koordinierung

²⁰ Diese Position vertrat vor allem Henrik Uterwedde: „Neue Gemeinsamkeiten in der Wirtschafts- und Sozialpolitik?“, in: *Dokumente* 54 (1998) 6, S. 449-455. Ähnliche Hoffnungen waren auch in zwei anderen Aufsätzen des in der Zeitschrift *Dokumente* erschienenen Dossiers: „Bonn-Paris: Wie geht es weiter?“ zu finden. Siehe: Medard Ritzenhofen: „Neues Personal, neue Perspektiven. Frankreich und der Machtwechsel in Deutschland“, in: *Dokumente* 54 (1998) 6, S. 444-448; Ulrike Guérot: „New Look oder New Deal? Die deutsch-französischen Beziehungen nach den Wahlen“, in: *Dokumente* 54 (1998) 6, S. 456-464.

²¹ Dazu der Artikel von Jacqueline Hénard „Schlechte Aussichten: Das deutsch-französische Verhältnis kühlt sich ab. Erleben wir das Ende einer einzigartigen Freundschaft?“, in *Die Zeit* vom 8. Juli 1999, S. 28. Über Frau Sauzay siehe Rudolph Chimelli: „Brigitte Sauzay Frankreich-Beraterin von Bundeskanzler Schröder“, in der *Süddeutsche Zeitung* vom 2. Dezember 1998, S. 4.

der Steuern in Europa und für eine Überwachung der Wechselkursentwicklungen zwischen dem Euro und dem Dollar.²² Nach Lafontaines Rücktritt dient diese „philosophische Konvergenz“ nicht mehr als Richtschnur der Bonner Politik, sondern eher der sog. „Dritte Weg“ zwischen Deregulierung und altem Wohlfahrtsstaat von Tony Blair und New Labour.²³ Die Achse Bonn/Berlin-London wurde durch das am 8. Juni 1999 von der Labour-Party und der SPD vorgestellte Strategiepapier „Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“ gestärkt. Der französische Premier Jospin wies diesen „Vorschlag“ für die europäischen Sozialdemokraten für Frankreich zurück.²⁴ Beim Seminar der sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Regierungschefs der reichsten europäischen Staaten zum Thema „Fortschrittliches Regieren und Reformen für das 21. Jahrhundert“, das am 21.11.1999 in Florenz stattgefunden hat, vertrat Jospin vielmehr die Auffassung, der Markt sollte auch im Zeitalter der Globalisierung von den Staaten in verantwortungsvoller Weise reguliert werden. Er lehnte erneut die Idee des „Dritten Wegs“ ab.

Außerdem wirkte am Anfang das politische Handeln der Regierung Schröder in den Augen der französischen Verantwortlichen chaotisch und oft inkonsequent. *L'Express* vom 18.03.1999 zitierte einen „hohen französischen Beamten“, der damals klagte: „Wir waren früher daran gewöhnt, mit Menschen zusammenzuarbeiten, die

²² *Die Zeit* veröffentlichte am 14. Januar 1999 (S. 17-18) gemeinsam mit *Le Monde* das Memorandum der beiden Finanzminister: „Europa - sozial und stark. Märkte brauchen die ordnende Hand des Staates“.

²³ Jean-Gabriel Fredet behauptete in der Wochenschrift *Le Nouvel Observateur* vom 18.03.1999: „L'axe Jospin-Schröder, étayé par Lafontaine, francophile, social-démocrate pur sucre et président du premier parti progressiste d'Europe continentale, devait permettre une 'coordination' des politiques de croissance et d'emploi donnant à l'Union le contenu social que 'l'Europe des marchands' lui avait jusqu'ici refusé. Le glissement au centre du chancelier allemand, dont le neue Mitte ressemble à s'y méprendre à la 'troisième voie' de Tony Blair et du New Labour, montre les limites du raisonnement. L'Europe rose existe. Il serait illusoire de voir dans cette mosaïque de gouvernements 'progressistes' une copie conforme de la France socialiste ... En tirant sa révérence, Oskar Lafontaine emporte peut-être avec lui l'espoir de voir certaines propositions françaises - du Conseil de la Politique monétaire, contrepoids politique de la BCE au concept de relance coordonnée - reprises par l'Europe car relayées par l'allié allemand. Les optimistes se consoleront en disant que la Banque centrale, débarrassée des mises en demeure du bouillant Oskar, s'appête à baisser ses taux. Peut-être. Mais sans Lafontaine, la relation franco-allemande risque la banalisation. En politique, le poids des hommes pèse souvent plus lourd que le choc des idées.“

²⁴ Siehe dazu: Henrik Uterwedde: „Dritter Weg, Neue Mitte, Sozialismus à la française. Das Schröder-Blair-Papier und seine Folgen“, in: *Dokumente* 55, 1999, 4, S. 274-276.

uns auf den Keks gingen. Aber sie wussten, was sie wollten. Heute verträdeln wir unsere Zeit mit dem Versuch zu erforschen, was die dort wohl denken.“²⁵ Deutsche Sozialdemokraten wie Henrik Uterwedde, Direktor des Deutsch-Französisches Instituts in Ludwigsburg, bedauerten, dass das Engagement des neuen Teams für das deutsch-französische Verhältnis mangelhaft sei. Die neue Regierung hat nach Uterwedde eine nationalistischere Art seine Interessen zu vertreten, als die alte.

Bei Amtsbeginn der neuen Bundesregierung hat auch die Atompolitik dazu beigetragen, den Kurs des Tandems zum Schlingern zu bringen. Viel Unbehagen bereitete in Frankreich die abrupte Ankündigung des grünen Umweltministers Jürgen Trittin anlässlich seines Pariser Antrittsbesuchs bei seiner französischen Amtskollegin Dominique Voynet, Deutschland habe für die französische Wiederaufbereitungsanlage La Hague ab 1. Januar 2000 keinen Bedarf mehr. Für den Vertragsbruch wolle die Bundesrepublik keinen Schadensersatz leisten. Hätte sich Trittin mit seinen Forderungen durchgesetzt, hätte die Staatsfirma Cogema für die Jahre 2000 bis 2010 rund 30 Mrd. Francs Umsatzeinbuße in Kauf nehmen müssen. Die konservative Tageszeitung *Le Figaro* sprach damals mit Ressentiment von einem unannehmbaren deutschen „Diktat“. Auch der Vorschlag Fischers zum Verzicht auf den nuklearen Ersteinsatz der NATO wurde in Paris als anstößig empfunden. Der französische Verteidigungsminister Alain Richard lehnte ihn ab. Eine Ausdehnung der französischen Nuklearkapazität auf Deutschland bzw. Europa scheint übrigens trotz aller Debatten über eine „konzertierte Abschreckung“ auch nicht unmittelbar bevorzustehen.²⁶

²⁵ „Nous avons l’habitude de travailler avec des gens emmerdants mais qui savaient ce qu’ils voulaient ... Aujourd’hui, nous passons notre temps à essayer de deviner ce qu’ils pensent“, S. 59.

²⁶ Dazu siehe: Jean-Pierre Froehly: „Nuklearmacht Frankreich: Zivile und militärische Aspekte im Verhältnis zu Deutschland“, in: Dokumente 55 (1999) 2, S. 105-110.

Weiterhin wurde der gescheiterte Versuch der Deutschen Telekom, mit Telecom Italia zu fusionieren, in Paris als Akt der Untreue gewertet.²⁷

Enttäuschung und Unmut fand man auch auf dieser Seite des Rheins. Die Wiederaufnahme der französischen Atomtests, die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht in Frankreich ohne jegliche Ankündigung, die zurückhaltende Stellung Paris gegenüber einer zu einseitigen Betonung der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Stabilitätskriterien bei der Einführung des Euro sowie die Drohung mit der Blockade der Wahl Wim Duisenbergs zum Chef der EZB hat in Bonn für Verstimmung gesorgt. Dass es Schröder auf dem Berliner Gipfel Ende März 1999 - also kurz vor den Europawahlen - nicht gelang, den deutschen EU-Beitrag zu reduzieren, war für die deutsche Seite ein Grund mehr, unzufrieden zu sein. Die Forderung Schröders nach einer massiven Reduzierung der deutschen EU-Beiträge wurde von französischer Seite nicht unterstützt. Und als Deutschland das Modell der Co-Finanzierung der Agrarpolitik durch die EU und die Einzelstaaten als Vorlage der Agenda 2000 vorschlug, lehnte Frankreich eine solche Maßnahme kategorisch ab, mit der Begründung, sie stelle eine versteckte Re-Nationalisierung der gemeinsamen Agrarpolitik dar. Die Bundesrepublik konnte ihr Anliegen mangels Unterstützung nicht durchsetzen. Der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Günter Verheugen, warf in einem Interview der französischen Tageszeitung *Libération* Paris vor, seine nationalen Interessen bei der Agrarreform rücksichtslos durchsetzen zu wollen, während Bonn seine Interessen zurückstelle.

Stereotypen und sogar Vorurteile belasteten immer noch das Frankreichbild zahlreicher Deutschen, auch das von deutschen Spitzenpolitikern.²⁸ Während der Debatte

²⁷ Siehe dazu den Artikel von Klaus-Peter Schmid in *Die Zeit* vom 02.06.1999, S. 32: „Frust statt Freude. Franzosen fühlen sich immer öfter von deutschen Partnern im Stich gelassen“. Schmid berichtet: „Die Tageszeitung *Le Monde* schimpfte über das ‘perfide Deutschland’ - ein Attribut, mit dem man bis dato die innere Distanz zum britischen Nachbarn beschrieb. Der Frust der Franzosen machte sich Luft, als Ende April Ron Sommer, Chef der Deutschen Telekom, ‘nach zehn Jahren Konkubinat mit France Télécom’ (*Le Monde*) urplötzlich die Heirat mit Telecom Italia ankündigte. Die französische Seite war fest davon ausgegangen, dass es neben einer bedeutenden Kapitalverflechtung zu einer gemeinsamen Strategie kommen würde - und die deutsche Seite ließ sie in diesem Glauben ... Natürlich lacht sich ganz Frankreich ins Fäustchen, wenn Ron Sommer sich bei seinem Buhlen um die italienische Telecom statt eines Partners eine blutige Nase holt ... Télécom-Chef Michel Bon beließ es indes nicht bei der Schadenfreude: Er verklagte den treulosen deutschen Partner wegen Vertragsbruchs auf Schadensersatz.“

um die Konvergenzkriterien wurden die Franzosen in den deutschen Medien als Menschen dargestellt, die mit Geld locker umgehen und denen Inflation wenig ausmacht. Diese Meinung haben die französischen linken Gegner der Währungsunion übrigens geschickt ausgenutzt, um gerade in Deutschland Panikmacherei zu verbreiten, wie Ulrike Guérot scharfsinnig festgestellt hat. Pierre Bourdieu und Emmanuel Todd behaupteten z.B. beide, der Euro solle ein Instrument zum Dollar-Dumping sein. In Wirklichkeit herrscht jedoch mindestens seit Mitte der 80er Jahre auch in Frankreich eine Politik des *Franc fort*, der stabilen Währung. Äußerungen des Gouverneurs der französischen Zentralbank Jean-Claude Trichet, wonach die Franzosen mindestens so sehr an ihrem Franc wie die Deutschen an ihrer Mark hängen, wurden in Deutschland kaum wahrgenommen. Dies gilt auch für die Tatsache, dass sowohl Trichet wie Tietmeyer Oskar Lafontaine zwingen, den Ruf nach Zinssenkung und nach einem neuen internationalen Währungssystem abzuschwören und Respekt vor der Unabhängigkeit der Zentralbanken zu geloben. Der französische Wirtschafts- und Finanzminister Strauss-Kahn warnte Lafontaine, er sollte sich nicht vergebens für ein neues Wechselkurssystem mit festen Bandbreiten für Euro und Dollar einzusetzen.²⁹

In der Bundesrepublik kursiert bis heute eine weitere von Vorurteilen beladene Legende: Die Währungsunion sei der Preis, den Deutschland an Frankreich für seine Akzeptanz der Wiedervereinigung zu zahlen gehabt hätte. Einige Stellungnahmen von französischen Spitzenpolitikern werden gelegentlich als Beleg für diese These verwendet. So behauptete Valéry Giscard d'Estaing in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 17.3.1997, „die Abschaffung der D-Mark sei stets ein strategisches Ziel für Frankreich“ gewesen. Dass es sich dabei um eine Legende handelt, zeigt schon ein chronologischer Rückblick: Das deutsche Memorandum des damaligen deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher zur Währungsunion ist bereits am 26. Februar 1988 - also lange vor der Wende - verfasst worden. Der Delors-Bericht, in

²⁸ Und umgekehrt auch. Dazu: Hans Manfred Bock, „Wechselseitige Wahrnehmung als Problem der deutsch-französischen Beziehungen“.

²⁹ Siehe den Artikel von Thomas Hanke: „Die erste Lektion. Die Notenbankchefs Tietmeyer und Trichet lehren Oskar Lafontaine das kleine Einmaleins von Zinsen und Wechselkursen“, in *Die Zeit* vom 19. November 1998, S. 40.

dem die Notenbankpräsidenten die Grundlinien der Währungsunion vorzeichnen, wurde auch vor der Wende, am 17. April 1989, vorgelegt und im Juli 1989 vom Europäischen Rat angenommen. Deutschland wollte mit der Währungsunion eine europäische Stabilitätszone schaffen und Frankreich wollte sich endlich dem Diktat der Bundesbank entledigen. Die Wiedervereinigung hat nur für eine Beschleunigung des ganzen Prozesses gesorgt.³⁰

Die deutschen Medien spotten außerdem gern über die Großmachtansprüche der „kleinen“ *grande nation* Frankreich. Die Wiederaufnahme der Atomversuche im Pazifik 1995 trotz virulenter Proteste u.a. aus der deutschen Bevölkerung und die Ankündigung der Abschaffung des Militärdienstes ohne vorherige Konsultation Bonns wurden in Deutschland als Zeichen dieser süffisanten Attitüde interpretiert. Auch die Äußerung von Außenminister Védrine, er wolle „soviel französischen Einfluss wie möglich in einem Europa, das so stark ist wie möglich“,³¹ wurde als Beleg für die immer noch vorhandene französische Hybris gesehen.

Ein gewisses Desinteresse der beiden Bevölkerungen im Hinblick auf den kulturellen Austausch zwischen den beiden Ländern ist weiterhin festzustellen. Gérard Gabert, der stellvertretende Leiter des Referates für interkulturelle Pädagogik am Deutsch-Französischen Jugendwerk, teilte dem Autor mit, dass das frühere, quasi missionarische Engagement von Jugendlichen und Älteren von beiden Rheinufern für den kulturellen Austausch leider weniger spürbar als früher sei. Die neue Gleichgültigkeit zeigt sich auch daran, dass immer weniger Schüler und Schülerinnen bereit sind, die Sprache des Nachbarlandes zu lernen. Nur 10,2 Prozent der französischen Schüler der *sixième* (5. Klasse in Deutschland) lernten 1997 Deutsch als erste Sprache. Dagegen waren es 1990 noch 12,7 Prozent. Die meisten wählten als zweite Sprache Spanisch oder Italienisch. In Deutschland entscheidet sich fast kein Schüler für Französisch als erste Sprache. Nur 34 Prozent lernen Französisch als

³⁰ Siehe dazu: Ulrike Guérot: „Deutschland, Frankreich und die Währungsunion - über Diskussionen und Metadiskussionen“, in: Frankreich-Jahrbuch 1997. Opladen 1998, S. 223-240.

³¹ „Gespräch des französischen Außenministers Hubert Védrine mit der Wochenzeitschrift *Le Nouvel Observateur* (Paris, 28. Mai 1998)“, in: Frankreich-Info 61, 12. Juni 1998, S. 7.

zweite Sprache, dagegen waren es vor zehn Jahren 41 Prozent.³² Obschon seit einigen Jahren die Zahl der deutschen Schüler, welche die Sprache des Nachbarn lernen, leicht zunimmt, wird die Anziehungskraft der spanischen Sprache in der Bundesrepublik immer stärker.

Außerdem belastet der Umgang mit der jüngsten Vergangenheit trotz aller Annäherungen die deutsch-französischen Beziehungen weiter. 1994 war der 50. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie ohne deutsche Beteiligung gefeiert worden. Bundeskanzler Gerhard Schröder sagte 1998 eine Teilnahme an einer Gedenkfeier anlässlich des 80. Jahrestages des Waffenstillstands von 1918 in den Ardennen ab mit der Begründung, es sei Zeit nach vorne und nicht mehr nach hinten zu blicken.³³

Die zukünftigen Perspektiven der deutsch-französischen Freundschaft sind jedoch nicht so düster, wie es auf den ersten Blick scheint. Freilich lassen die bilateralen Beziehungen weniger Leidenschaft spüren als noch vor einigen Jahren. Jacqueline Hénard deutete in einem 1999 in *Die Zeit* erschienenen Aufsatz auf diese Klimaänderung hin. Sie stellte sogar die provokative Frage: „Erleben wir das Ende einer einzigartigen Freundschaft?“³⁴ In derselben Ausgabe der *Zeit* bemerkte Christian Wernicke kritisch, das deutsch-französische Verhältnis, dieser viel beschworene „Motor der europäischen Integration“, liefe unter Helmut Kohl zuletzt schon recht träge. Inzwischen stehe er still.³⁵ Dies ist gewiss eine Übertreibung. Denn in vielen

³² Siehe dazu den Artikel von Parmentier, Arnaud: „A Potsdam, Français et Allemands veulent revigorer leur mariage“, in *Le Monde* vom 2. Dezember 1998.

³³ Schröder lehnte die Einladung offiziell „aus Termingründen“ ab. Der Historiker und Frankreich-Kenner Rudolf von Thadden, der zu Schröders Beraterstab zählt, gab der Tageszeitung *Libération* jedoch folgende Erklärung für diese Absage: „Die Franzosen sind ein wenig autistisch. Sie sollten bedenken, dass der Sieg des 11. November (1918) eine Niederlage für Deutschland war. Denn dieser 11. November hatte auch den Versailler Vertrag zur Folge, von dem eine direkte Linie zu Hitler führt. Für Deutschland gibt es da nichts zu feiern“. Der Außenminister Fischer meinte, die Deutschen zu dieser Feier einzuladen, sei „wie wenn man die Franzosen aufforderte, die Niederlagen von Waterloo 1815 oder Sedan 1870 zu feiern“. Beide Zitate sind dem Aufsatz von Rudolf Balmer „Das war ein unnötiger Krieg“ entliehen (Siehe: <http://home.worldnet.fr/balmer/krieg.html>).

³⁴ „Schlechte Aussichten. Das deutsch-französische Verhältnis kühlt sich ab“, in *Die Zeit* vom 8. Juli 1999, S. 8.

³⁵ „Feindbild Europa. Wer in Brüssel Deutsch sprechen will, muss zuerst europäisch denken“, in: *Die Zeit* vom 8. Juli 1999, S. 1. Vor dieser Entwicklung hatte schon zwei Jahre vorher die Politikwissenschaftlerin Sabine von Oppeln gewarnt: Oppeln, Sabine von: Verlust politischer Gestaltungskraft? Der deutsch-französische Motor erlahmt, in: *Internationale Politik* 5 (1997) S. 53-60.

Bereichen sind die deutsch-französischen Beziehungen tiefgründiger und sachlicher geworden. In ihrem letzten Buch hat Valérie Guérin-Sendelbach, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), die Neubestimmungen des deutsch-französischen Verhältnisses nach der deutschen Einheit und die neuen Grundlagen und Rahmenbedingungen des deutsch-französischen Sonderverhältnisses untersucht. Sie stellte fest, dass die nachhaltige Verschiebung der Machtbalance zwischen den beiden Ländern seit der Wiedervereinigung keine tiefgreifende Veränderung in der Qualität des besonderen Verhältnisses bewirkt hat.³⁶ Wichard Woyke teilt diese Meinung und betont, dass nach anfänglichen „Irritationen“ Frankreich und Deutschland wieder zum Motor der europäischen Integration geworden sind - „das Tandem fasst wieder Tritt“, ohne dass die Interessenunterschiede in bezug auf die Europakonzeption überwunden werden konnten.³⁷

3. „Das Tandem fasst wieder Tritt“

Nach den 72. Deutsch-französischen Konsultationen in Potsdam (30.11.-1.12.1998) war von einer „neuen Leichtigkeit“ im deutsch-französischen Miteinander die Rede. Christiane Schlötzer-Scotland bemerkte in der *Süddeutschen Zeitung* vom 02.12.1998: „Paris und Bonn wollten mit dem ersten Gipfeltreffen nach dem Regierungswechsel am Rhein eine von neuer Sachlichkeit geprägte ‘Auffrischung’ ihrer Beziehungen demonstrieren. Weniger Romantik, mehr Rationalität, lautete die von beiden Seiten ausgegebene Devise, die es möglich machen soll, auch über Streitthemen wie die EU-Finanzierung in aller Offenheit zu reden [...] Die Offenheit, in der beiden Seiten die

³⁶ Valérie Guérin-Sendelbach: Frankreich und das vereinigte Deutschland. Interessen und Perzeptionen im Spannungsfeld, Opladen 1999.

³⁷ Wichard Woyke: Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem fasst wieder Tritt. Opladen 2000.

Konflikte benannten, war letztlich das wirklich neue“.³⁸ Es existiert ein engmaschiges Netz von politischen Kooperationsinstrumenten, das eine Justierung der einzelnen Politikfelder ermöglicht. Es handelt sich dabei vor allem um die halbjährlichen deutsch-französischen Gipfelbegegnungen, die regelmäßigen Außenministerkonsultationen, die außenpolitischen Direktorengespräche und um verschiedene Fachministerräte.

Neben den oben erwähnten Spannungen findet man zahlreiche Gemeinsamkeiten zwischen Paris und der neuen „Berliner Republik“. Selbst bei dem sonst so strittigen Thema Atompolitik gibt es jetzt eine gewisse Annäherung. Der geplante Atomausstieg wird höchstwahrscheinlich in Deutschland langsamer und behutsamer vonstatten gehen als zunächst geplant. Deutschland hat sich mittlerweile dazu verpflichtet, den in La Hague wiederaufbereiteten Atommüll zurückzunehmen. Zugleich macht Paris einige erste Schritte in die gleiche Richtung: Premierminister Jospin kündigte 1997 an, dass das Projekt der Stromgesellschaft EDF zur Schaffung einer Nuklearanlage in Carnet aufgegeben wird. 1998 bestätigte die Regierung die definitive Stilllegung des Schnellen Brütters „Superphénix“, in den bisher etwa 10,6 Milliarden Francs investiert wurden. Außerdem wurde auf weitere Atomversuche verzichtet. Die Anti-Atomlobby ist ohnehin in Frankreich mit dem Zugewinn an Stimmen der Grünen („Les Verts“) bei den Europawahlen 1999 stärker und selbstsicherer geworden.

Trotz Konkurrenz auf dem Weltmarkt und einer immer noch vorhandenen Vorliebe von Paris für protektionistische Maßnahmen - siehe den sogenannten Bananenstreit - eint die Wirtschaft die beiden Nachbarn mehr, als sie sie entzweit. Die Einführung des Euro am 1. Januar 1999 hat die Integration der beiden Länder gestärkt. Sie hat auch laut *Le Monde* das Ende des deutschen „Diktats“ in Währungsfragen mit sich gebracht und so einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen geleistet. Damit sind die französischen Behörden

³⁸ Hans-Hagen Bremer schrieb in der *Frankfurter Rundschau* vom 02.12.1998, S. 3: „Viel bewegt wurde auf dem 72. Deutsch-französischen Gipfeltreffen in Potsdam noch nicht. Doch Bonn und Paris haben den deutsch-französischen Motor erst einmal wieder angeworfen und den Weg skizziert, auf dem sie gemeinsam in und für Europa vorangehen wollen“. Die gemeinsame Erklärung der Staats- und Regierungschefs des Potsdamer Gipfels findet man in: Dokumente 55 (1999) 1, S. 26-30.

nicht mehr auf eine demütigende Stützungsaktion des Franc durch die Bundesbank angewiesen, wie es im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS) bei den internationalen Spekulationen noch 1992 und 1993 der Fall war.

Es existiert mittlerweile zwischen Frankreich und Deutschland eine tiefgreifende wirtschaftliche Verflechtung. Frankreich ist zugleich der größte Lieferant und der größte Kunde der Bundesrepublik. Wirtschaftlich hat es stark von der Wiedervereinigung profitiert. Selbst die Wirtschaftskulturen in beiden Ländern haben sich angenähert. Dazu haben die regelmäßigen Treffen von deutschen und französischen Konzernchefs in Evian geholfen. Bilaterale Arbeits- bzw. Reflexionsgruppen werden regelmäßig zu Themen der Wirtschafts- und Strukturpolitik gebildet. Die Aspen-Institute von Lyon und Berlin haben einen Aspen Franco-German Dialogue gegründet.³⁹ Wirtschaftsclubs (so der Club d'Affaires Franco-Allemand du Baden-Württemberg e.V. oder der Französische Wirtschaftsclub in Bayern e.V.) fördern die Wirtschaftskontakte deutscher Unternehmer mit Frankreich. Seit über 40 Jahren unterstützt außerdem die Deutsch-französische Industrie- und Handelskammer Unternehmer bei dem Auf- bzw. Ausbau ihres Geschäfts im Nachbarland. Trotz Konkurrenz zwischen den einzelnen Großunternehmen und mangelnder Koordination - so z.B. bei dem Wettlauf zwischen dem ICE und dem TGV - stellt man eine neue Kooperationsbereitschaft zwischen deutschen und französischen Unternehmen fest: Die Chemie-Großkonzerne Rhône-Poulenc und Hoechst haben mit ihren Pharma-, Tier- und Pflanzenschutz-Bereichen fusioniert. Der Verwaltungssitz des daraus entstandenen neuen Wirtschaftsgiganten Aventis wird am 15. Dezember 1999 in Straßburg angesiedelt werden.⁴⁰

Auch wenn es weiterhin unterschiedliche politische Empfindlichkeiten im Überbau zwischen Berlin und Paris gibt, ähnelt sich die Sozial- und Wirtschaftspolitik der beiden Regierungen in der Praxis immer mehr. Die sozialistische

³⁹ Dazu: Robert Picht / Henrik Uterwedde: „Europäische Zukunft gestalten: Neue Aufgaben für das Deutsch-Französische Institut“, in: Dokumente 54 (1998) 3, S. 185-192, hier S. 189-190.

⁴⁰ Zu den Problemen, die mit dieser Fusion verbunden sind, siehe: Jutta Hoffritz: „Deutsch-französische Fusionen: Der Fall Hoechst und Rhône-Poulenc. Höchst beschwerlich. Skeptische Aktionäre, Kultur- und Sprachprobleme komplizieren die Geburt des transnationalen Chemiekonzerns Aventis“, in *Die Zeit* vom 8. Juli 1999, S. 25.

Regierung Jospins hat mehr Privatisierungen auf den Weg gebracht, als die vorherige bürgerliche Regierung. Weiterhin wird das Gesetz über die 35 Stunden-Woche voraussichtlich für mehr Flexibilität in der Gestaltung der Arbeitszeit sorgen. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat diesseits und jenseits des Rheins höchste Priorität. Bei dem nächsten deutsch-französischen Gipfel im Frühjahr 2000 soll der Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit der Sozialpartner und auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in beiden Ländern liegen. Beim Weimarer Gipfel 1997 wurde die Idee eines deutsch-französischen Forums Unternehmen - Hochschulen - Studierende für Beschäftigung und Zusammenarbeit lanciert. Neben der Entwicklung eines gemeinsamen deutsch-französischen Arbeitsmarktes will das Forum der Frage nach der Abstimmung der Hochschulausbildung auf die Bedürfnisse der Wirtschaft nachgehen. Das erste Forum hat vom 29. bis zum 30. Oktober 1999 in Metz stattgefunden. Daran haben 85 Unternehmen, 110 Hochschulen und mehr als 5000 Menschen teilgenommen. Es bot die Möglichkeit von Bewerbungsgesprächen an, informierte über die Hochschulausbildung in Deutschland und Frankreich sowie über die zahlreichen integrierten deutsch-französischen Studiengänge und setzte sich zum Ziel, den Austausch durch den Aufbau von deutsch-französischen Partnerschaften zwischen Universitäten und Unternehmen zu intensivieren. Einen großen Zulauf haben auch die vom Deutsch-Französischen Jugendwerk betreuten neuen deutsch-französischen Programme für junge Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohten Jugendliche. Aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und in Zusammenarbeit mit Trägern der beruflichen Bildung werden qualifizierende Maßnahmen angeboten, an die sich ein intensiver Sprachkurs und ein betriebliches Praktikum anschließen.⁴¹

Ein Schwerpunkt der heutigen deutsch-französischen Zusammenarbeit ist die Sicherheitspolitik. Die bilaterale Rüstungskoooperation zwischen den beiden Ländern

⁴¹ Zu diesem Thema siehe auch auf der Homepage des DFJW die „Gemeinsame Erklärung der Staats- und Regierungschefs zu den Themen Bildung, berufliche Bildung und Beschäftigung“, die beim 74. deutsch-französischen Gipfel in Paris (30.11.1999) abgegeben wurde.

wird derzeit verstärkt.⁴² MBB und Aérospatiale haben die Eurocopter S.A. gegründet. Es handelt sich dabei um den zweitgrößten Militärhubschrauberhersteller der Welt. Es ist zudem nach einigem Tauziehen zu einer Fusion zwischen DaimlerChrysler Aerospace (Dasa) und Aérospatiale-Matra gekommen. Die daraus entstandene deutsch-französischen European Aeronautic Defence and Space Company (EADS) ist das zweitgrößte Luft- und Raumfahrtunternehmen der Welt. Sie soll der Kern eines zukünftigen riesigen europäischen Rüstungsunternehmens werden: Ende 1999 ist die spanische Construcciones Aeronauticas SA (Casa) den EADS beigetreten. Dass eine europäische Zusammenarbeit derzeit gefördert wird, zeigt die Tatsache, dass 1996 die Verteidigungsminister von Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien in Straßburg eine Vereinbarung zur Einrichtung einer Gemeinsamen Organisation für die Rüstungszusammenarbeit - OCCAR (Organisme Conjoint de Coopération en matière d'Armement) mit Sitz der Zentrale in Bonn unterzeichnet haben. Auch wenn heute im OCCAR die deutsch-französischen Vorhaben überwiegen, soll diese Organisation die Zusammenarbeit der wehrtechnischen Industrien europaweit stärken.

Auch auf dem Gebiet der Kooperation zwischen deutschen und französischen Truppen sind bemerkenswerte Fortschritte zu verzeichnen. Zum Nationalfeiertag am 14. Juli 1994 nahmen 200 deutsche Bundeswehrsoldaten des 1993 gegründeten Eurokorps an einer Militärparade auf den Champs-Élysées teil, eine spektakuläre bildliche Darstellung der deutsch-französischen Versöhnung.⁴³ Freilich gibt es einige Friktionen innerhalb der 1988 geschaffenen deutsch-französischen Brigade aufgrund

⁴² Karina Forster hat in einer Analyse die Schwierigkeiten, die in diesem Bereich u.a. aus der NATO-Politik Frankreichs und aus dem einseitigen Wechseln zu Berufsarmee entstanden sind, dargestellt. Perspektiven deutsch-französischer und europäischer rüstungswirtschaftlicher Kooperation, in: Aktuelle Frankreich-Analysen 10, Juni 1998. Der Forscher am Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales Jean-Paul Hébert sieht die Sache positiver. Siehe von ihm: „La coopération franco-allemande en matière d'armement : le passage difficile de la dualité à la pluralité“, in: Yves Boyer (Hrsg.): *Allemagne(s) : Certitudes et incertitudes de la politique de sécurité*. Paris 1999, S. 121-134. Siehe auch die optimistische Bewertung des deutschen Beamten Gunnar Simon: „Deutsch-Französische Rüstungszusammenarbeit: Fortsetzung auf einer neuen Basis“, in: *Wehrtechnik, Zeitschrift für Wehrtechnik und Verteidigungswirtschaft*, 29, 1997, 2, S. 13-15. Zur Geschichte der deutsch-französischen Rüstungsproduktion, siehe die kurze Darstellung von Alfred Frisch: „Gemeinsame Rüstungsproduktion. Deutsch-französischer und europäischer Hürdenlauf“, in: *Dokumente* 54, 1998, 7, S. 369-374.

⁴³ Zu den Reaktionen auf dieses Ereignis in Frankreich siehe: Ursula E. Koch, a. a. O., hier S. 91-93.

der unterschiedlichen Befehlskulturen. Michael Brüggemann berichtet in einem Aufsatz in *Das Parlament* von der Bemerkung Jens Zimmermanns, der die Brigade maßgeblich mitgestaltet hat, wonach „mit deutsch-französischem Zähneputzen im Gleichtakt es nichts geworden ist“.⁴⁴ Die Zusammenarbeit deutscher und französischer Soldaten wird trotz aller Schwierigkeiten, was die Sprache und die militärischen Kulturen anbelangt, immer enger: Seit 1997 setzen Frankreich und Deutschland gemeinsam Truppen in Bosnien im Rahmen der internationalen Sfor-Streitmacht ein. Beide Länder haben während des Kosovo-Konflikts Truppen mit einem Kampfauftrag entsandt. 1997 beschlossen Verteidigungsminister Millon und sein damaliger deutscher Amtskollege Volker Rühle die Einrichtung einer gemeinsamen Pilotenschule in Luc (im Var-Departement). Dort sollen Piloten für den Kampfhubschrauber „Tiger“ ausgebildet werden.

Beim 74. deutsch-französischen Gipfel (30.11.1999) sprachen sich Schröder und Chirac für die schrittweise Schaffung eines europäischen Lufttransportkommandos aus. Die Absicht, einen gemeinsamen europäischen Transportflugzeug zu entwickeln, wurde bei dieser Gelegenheit bekräftigt. Im Jahr 2000 soll zudem der Stab des Eurokorps das Kommando über die Kfor-Truppe im Kosovo übernehmen. Nachdem die mangelnde Bereitschaft Berlins zur Bereitstellung finanzieller Mittel für die Entwicklung gemeinsamer Aufklärungssysteme (Satelliten) für Verstimmung zwischen Paris und Berlin gesorgt hatte, wurde schließlich ein Kompromiss ausgehandelt. Deutschland wird den Übermittlungssatelliten Syracuse III nach einem Mietvertragsmuster mitbenutzen. Die Vision Deutschlands von der Rolle, die Europa in der Welt zu spielen hat, ist mittlerweile mit der Position Frankreichs fast deckungsgleich geworden: Bei dem 74. deutsch-französischen Gipfel machte sich Gerhard Schröder in seiner Rede vor der französischen Nationalversammlung den französischen Begriff einer „*Europe puissante*“ eigen und betonte: „Deutschland und Frankreich sind das Herz Europas“. Europa solle nicht nur im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik stark sein, sondern auch in der Vertretung seiner

⁴⁴ *Das Parlament* vom 3. Dezember 1999, S. 12.

wirtschaftlichen Interessen und der kulturellen Selbstbehauptung. Dabei spiele immer noch die deutsch-französische Zusammenarbeit eine bestimmende Rolle.⁴⁵

Indem der Kosovo-Einsatz die begrenzten militärischen Handlungsmöglichkeiten der Europäer offen legte, hat er mehr als alle Gipfeltreffen den Willen, eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik endlich zu verwirklichen, gestärkt. Dabei soll sowohl eine kollektive Verteidigung gesichert als auch eine kollektive Krisenbewältigung möglich gemacht werden. Sowohl Deutschland als auch Frankreich setzen sich für eine baldige Eingliederung der Westeuropäischen Union (WEU) in die EU ein.⁴⁶ Als wichtige Etappe auf diesem Weg kann die Gründung des Amtes des hohen Repräsentanten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) bewertet werden. Bei der ersten gemeinsamen Tagung der Minister der Außen- und Verteidigungspolitik der EU in Luxemburg 1999 wurde die Überführung der WEU in die EU für das Jahr 2000 beschlossen. Wie der vwd-Korrespondent Andreas Kießler vor kurzem bemerkte, entwickelt sich die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik nun mit atemberaubender Geschwindigkeit. Bei dem EU-Gipfel in Helsinki 1999 wurde die Aufstellung einer EU-Truppe von 50.000 bis 60.000 Mann zur Krisenprävention und -beilegung mit dem Eurokorps als Keimzelle bis 2003 entschieden.⁴⁷

Auch was den kulturellen Austausch anbelangt, sind positive Entwicklungen zu verzeichnen. Es gibt heute eine beispiellose und fast unübersichtliche Dichte an

⁴⁵ Die Rede des Bundeskanzlers vor der französischen Nationalversammlung wurde in der *FAZ* vom 1. Dezember 1999, S. 8-9 leicht gekürzt nachgedruckt. Siehe auch dazu die Aufsätze von Henri de Bresson: „Gerhard Schröder assure l'Assemblée nationale de la continuité de sa politique franco-allemande“ und von Jacques Isnard: „Avancées significatives de la défense commune européenne“, in *Le Monde* vom 02. Dezember 1999.

⁴⁶ Siehe dazu: Yves Boyer (Hrsg.), *Allemagne(s) : Certitudes et incertitudes de la politique de sécurité*; Joachim Schild: „Durchbruch in der deutsch-französischen Sicherheitskooperation?: Das gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungskonzept“, in: *Aktuelle Frankreich-Analysen*, Nr. 6, März 1997; Axel Sauder, „Integration und Souveränität: Paradigmen der deutschen und französischen Sicherheitspolitik“. In Toulouse haben die beiden Länder nochmals ihre Entschlossenheit bekräftigt, „ihr ganzes Gewicht in die Waagschale zu werfen, damit die Europäische Union die eigenständigen Mittel erhält, die notwendig sind, um in Krisensituationen entscheiden und handeln zu können. Wir sind entschlossen, die zur Erreichung dieses Ziels erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen. Dieser Zielsetzung dient auch die Integration der WEU in die EU.“ Siehe dazu die Besprechung von Laurent Zecchini des Kolloquiums zum Thema: „Vers une Europe de la sécurité et de la défense“ veranstaltet von *Le Monde*, *El Pais* und der *FAZ*, in *Le Monde* vom 06. Dezember 1999.

deutsch-französischen kulturellen Kontakten.⁴⁸ Vor allem die Leistungen des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) in diesem Bereich sollen hier hervorgehoben werden.⁴⁹ Seit 1963 wurden über fünf Millionen junge Deutsche und Franzosen in mehr als 175.000 vom DFJW unterstützten Veranstaltungen gefördert. In jedem Jahr nehmen ca. 152.000 deutsche und französische Jugendliche an mehr als 7000 Austauschprogrammen teil. Das Jugendwerk hat nach der Wende Programme im Blick auf die ostdeutschen Länder entwickelt. Neben dem DFJW sind im Bereich des kulturellen Austausches zahlreiche weitere Institutionen beteiligt, so die Goethe-Institute und die Deutsch-Französischen Häuser in Frankreich und die Instituts Français bzw. die französischen Kulturzentren in Deutschland⁵⁰ - auch wenn einige dieser Institutionen leider aus finanziellen Gründen schließen müssen. Außerdem findet man deutsch-französische Kulturinstitute und eine große Anzahl von Gesellschaften und Vereinen der Zivilgesellschaft, die sich für die bilaterale Zusammenarbeit auf den Gebieten der Politik, der Kultur und der Wirtschaft einsetzen, so die Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften in Deutschland und Frankreich e.V., der Cercle Franco-Allemand, die Association France-Allemagne oder die Deutsch-französische Vereinigung für Europa. Es existiert heute weiterhin bereits eine große Dichte an Partnerschaften zwischen deutschen und französischen Gemeinden (1.800) und Schulen (mehr als 4.500 an Schulen der Sekundarstufe). Neben den deutsch-französischen Gymnasien bieten immer mehr Schulen ein bilinguales Angebot an. Der 1988 gegründete und mit zehn deutschen und französischen Mitgliedern paritätisch besetzte deutsch-französische Kulturrat ist bemüht, die Zusammenarbeit in diesem wichtigen Bereich weiter zu stärken. Der Rat

⁴⁷ Vgl. den Aufsatz von Rolf Clement: „WEU und EU rücken zusammen“, in *Das Parlament* vom 3. Dezember 1999, S. 12.

⁴⁸ Siehe die umfangreiche Broschüre „Wege zur Freundschaft. Adressbuch der deutsch-französischen Zusammenarbeit“, die gemeinsam vom Auswärtigen Amt und vom Pariser Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten herausgegeben wird.

⁴⁹ Und dies auch dann, wenn nach Zieburas Unkenntnis der Teilnehmer am vom DFJW organisierten Jugendaustausch „sowohl über das eigene wie über das andere Land ‘erschreckend hoch’“ sei. Siehe Gilbert Ziebura, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945*, S. 509.

⁵⁰ Dazu: Victoria Znined-Brand: *Deutsche und französische auswärtige Kulturpolitik: eine vergleichende Analyse. Das Beispiel der Goethe-Institute in Frankreich sowie der Instituts und Centres Culturels Français in Deutschland seit 1945*, Frankfurt am Main 1999.

wird seit 1989 durch die Stiftung für die deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit unterstützt.

In Potsdam wurde 1998 die Einrichtung eines regelmäßig tagenden deutsch-französischen Gesprächsforums beschlossen, an dem Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und Medien aus Frankreich und Deutschland teilnehmen sollen. Dadurch soll auch der Austausch zwischen den Intellektuellen in den beiden Ländern forciert werden. Schröder gab - angeregt durch Frau Sauzay - bei dem letzten Gipfel in Paris ein Beispiel, indem er während eines Abendessens mit französischen Intellektuellen diskutierte. Außerdem sollen Persönlichkeiten bestimmt werden, die darüber nachzudenken haben, wie die Erinnerung an die gemeinsame europäische Geschichte erhalten und gestärkt werden kann. Brigitte Sauzay will die Entstehung eines gemeinsamen europäischen Gedächtnisses mit gemeinsamen europäischen Mythen fördern. Mit der Ausstellung *Marianne und Germania 1789-1889 / Frankreich und Deutschland / Zwei Welten - eine Revue*, Herzstück der Berliner Festwochen des Jahres 1996, wollten die Veranstalter die alten Verflechtungen und Verwebungen der beiden Kulturen veranschaulichen. Benedikt Erenz hat allerdings in der *Zeit* die Mängel dieser Veranstaltung - vor allem die undifferenzierte Übernahme von Klischees - überzeugend dargelegt.⁵¹

Im wichtigen Bereich der Medien ist der deutsch-französische Kulturkanal ARTE ein Beispiel einer gelungenen bilateralen Kooperation. Deutschland hat sich in Potsdam das Ziel gesetzt, den Zugang zu ARTE für die deutschen Fernsehzuschauer zu verbessern.⁵² Frankreich wird dafür die Bemühungen um eine zweisprachige Ausstrahlung dieses Senders verstärken. ARTE soll in der Zukunft zu einem europäischen Kulturkanal ausgebaut werden, der auch in Übersee empfangen werden kann.

Zahlreiche deutsche und französische wissenschaftliche Institutionen arbeiten eng miteinander, so die 1981 gegründete „Deutsch-Französische Gesellschaft für Wissen-

⁵¹ Erenz, Benedikt: „Fünf Orden für Goethe“, in *Die Zeit* vom 20.09.1996.

schaft und Technologie“. Eine enge deutsch-französische Arbeit findet zwischen dem Centre national de la recherche scientifique (CNRS), der Max-Planck-Gesellschaft, der Deutschen Forschungsgemeinschaft und großen Forschungseinrichtungen statt. Im Rahmen der „Europäischen Raumfahrtagentur“ (ESA) hat die deutsch-französische Zusammenarbeit eine wichtige Antriebsfunktion.⁵³ Einige Forschungseinrichtungen beschäftigen sich intensiv mit dem Nachbarland und tragen so dazu bei, die Kenntnisse über die räumlich so nahe, aber oft so fremd gebliebenen Nachbarn richtiger und tiefer zu gestalten. An erster Stelle soll hier das renommierte Deutsch-Französische Institut (DFI) in Ludwigsburg erwähnt werden. Es handelt sich dabei um ein altherwürdiges sozialwissenschaftliches Forschungs- und Dokumentationszentrum bzw. um ein „Frankreich-Observatorium“ mit einer umfangreichen 1990 gegründeten Frankreich-Bibliothek.⁵⁴ Das DFI arbeitet mit der Arbeitsstelle „Frankreich und deutsch-französische Beziehungen“ der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) eng zusammen. Die Arbeitsstelle wurde 1989 mit finanzieller Unterstützung des Außenministeriums gegründet, um die herausragende Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen für die deutsche Außenpolitik zu unterstreichen. Das neue, in Schloss Genshagen ansässige Berlin-Brandenburgische Institut für Deutsch-Französische Zusammenarbeit in Europa (BBI) bemüht sich um die Einbindung der neuen Bundesländer in den deutsch-französischen Dialog. In Paris beschäftigt sich das Deutsche Historische Institut (DHI) mit der Geschichte Frankreichs, der Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen und der Entwicklung Westeuropas im 20. Jahrhundert. Das Pariser CIRAC (Centre d'Infor-

⁵² Zu Arte siehe: Inge Grässle: Der Europäische Fernseh-Kulturkanal ARTE: Deutsch-französische Medienpolitik zwischen europäischem Anspruch und nationaler Wirklichkeit. Frankfurt am Main 1995; Merkel, Katrin: Europa auf dem Bildschirm: Eine Untersuchung der europäischen Medienpolitik und -kultur am Beispiel des deutsch-französischen Kulturkanals ARTE. Coppingrave 1995.

⁵³ Dazu: Charles Ficat: „Die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Wissenschaft“, in: Dokumente 54, 1998, 2, S. 120-122.

⁵⁴ Zum DFI und zu den „Mittlerorganisationen“ und „Mittlerpersönlichkeiten“ zwischen Deutschland und Frankreich siehe: Hans Manfred Bock (Hrsg.): Projekt deutsch-französische Verständigung: Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg, Opladen 1998. Siehe weiterhin das Dossier: „50 Jahre DFI“ in der Zeitschrift *Dokumente*, (54 (1998) 3) vor allem folgende Ausätze: Robert Picht / Henrik Uterwedde: „Europäische Zukunft gestalten: Neue Aufgaben für das Deutsch-Französische Institut“, S. 185-192, Hans Manfred Bock: „... ,stillwirkende Kraft der politischen Bemühungen‘ ... Zur Gründung des Deutsch-Französischen Instituts vor 50 Jahren“, S. 193-200 und Lucas Delattre: „Brücken bauen zwischen den Kulturen: Dem Deutsch-Französischen Institut zum 50. Geburtstag“, S. 201-204.

mation et de Recherche sur l'Allemagne Contemporaine), das dem DFI entspricht, das Centre Marc Bloch, ein deutsch-französisches Forschungszentrum für Sozialforschung im Ostteil Berlins und die vom französischen Außenministerium getragene Göttinger Forschungsstelle Mission historique française en Allemagne sollen in Frankreich ein tiefgründiges Wissen über Deutschland und die Bundesrepublik vermitteln.

An den Universitäten in Berlin, Freiburg i. Br., Leipzig und Saarbrücken wurden vor kurzem im Zusammenwirken mit der französischen Botschaft, den Ländern und den Universitäten deutsche Frankreichzentren eingerichtet. Sie arbeiten fächerübergreifend und haben 1997 eine „informelle“ Arbeitsgemeinschaft Frankreich-Zentren gegründet. Das 1988 geschaffene Deutsch-Französische Hochschulkolleg (DFHK) fördert etwa 70 integrierte Studiengänge aller Fachrichtungen an französischen und deutschen Hochschulen bzw. Eliteschulen, an denen jährlich ca. 900 Studenten beteiligt sind. Beim Weimarer „Kulturgipfel 1997“ wurde die Einrichtung einer Deutsch-Französischen Hochschule (DFH) mit Verwaltungssitz in Saarbrücken beschlossen. Sie hat im September 1999 ihre Tätigkeit aufgenommen und seit dem 1. Januar 2000 das DFHK in sich aufgenommen. Es handelt sich dabei um eine Dachorganisation, bei der deutsche und französische Hochschulen, die an integrierten Studiengängen und auf sie aufbauender wissenschaftlicher Kooperation beteiligt sind, Mitglied sind.⁵⁵ Die DFH verfügt über ein Budget von über 10 Mio. DM. Auch wenn die Verwirklichung dieses Projektes sich als schwierig erweist, ist es ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Beim Weimarer Gipfel wurde auch die Gründung eines Zentrums für Deutschlandstudien in Frankreich beschlossen. Es soll künftige Deutschlandexperten für Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung heranbilden und interdisziplinäre Forschung betreiben. Das Zentrum soll zum Hochschuljahr 2000/01 seine Arbeit aufnehmen.

⁵⁵ Eine Umfassende Darstellung der bilateralen Hochschul- und Forschungsbeziehungen findet man in: Robert Picht: „Deutsch-französischer Hochschulaustausch: Stand und Perspektiven“, in: Aktuelle Frankreich-Analysen, Nr. 11, Oktober 1998. Siehe für den historischen Hintergrund: Reinhart Meyer-Kalkus: Die akademische Mobilität zwischen Deutschland und Frankreich (1925-1992). Bonn 1994. Neuere Informationen findet man in den „Informationen für ehemalige Stipendiaten des DAAD und der AvH“ Nr. 7, Dezember 1999.

Noch ehrgeizigere Vorhaben wurden in Erwägung gezogen. Der frühere Finanzminister und SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine schlug beim ersten deutsch-französischen Dialog zwischen deutschen und französischen Spitzenpolitikern in Saarbrücken am 14. Mai 1999 vor, die DFH zu einer echten gemeinsamen Universität weiterzuentwickeln. Er regte auch an, eine nach dem Modell der Eliten-Verwaltungshochschule ENA aufgebaute deutsch-französische Ausbildungsstätte zu gründen und ein mit Wissenschaftlern aus Frankreich und Deutschland bestücktes Max-Planck-Institut einzurichten. Ob solche Projekte sich als realisierbar erweisen, wird die nähere Zukunft zeigen.

Schon jetzt hat sich Frankreich verpflichtet, den Deutschunterricht an der ENA auszubauen und auch die jungen Diplomaten, die in das Außenministerium eintreten, in diesen Deutschunterricht einbeziehen. Jedes Ministerium wurde ermutigt, seinen Beamtenaustausch zu erweitern. Wer hätte noch vor ein paar Jahren gedacht, dass ein Deutscher als Referent in einem französischen Ministerium arbeiten würde,⁵⁶ oder dass ein Deutscher mit einer französischen Aufenthaltsgenehmigung Spitzenkandidat einer französischen Partei bei den Europawahlen werden könnte? Trotz allerlei Ressentiments während der Wahlkampagne⁵⁷ gelang es Daniel Cohn-Bendit, den vorher abgeschlagenen französischen Grünen ein respektables Wahlergebnis von 9,72 Prozent zu verschaffen. Wer hätte sich auch früher vorstellen können, dass ein Franzose als Kandidat für die Stelle des Kulturbeauftragten in der Bundesregierung in Frage kommen könnte?⁵⁸ Die Verwaltungszusammenarbeit zwischen den französischen und deutschen Botschaften in Drittländern soll laut Potsdamer Vereinbarung weiter ausgebaut und gefördert werden mit dem Ziel,

⁵⁶ Lutz Güllner ist Referent in der Abteilung für internationale Angelegenheiten im französischen Umweltministerium. Siehe den Artikel vom Güllner: „Vertrauen bilden: Soll ein Deutscher Frankreich dienen?“, in *Die Zeit* vom 15. Juli 1999, S. 13.

⁵⁷ Cohn-Bendit wurde von Gewerkschaftlern der französischen Atomindustrie als „dreckiger Jude“ und „dreckiger Deutscher“ beschimpft. Der Innenminister Jean-Pierre Chevènement, ein Jakobiner, nannte ihn mit einem rassistischen Unterton einen „Stellvertreter der mondialisierten Eliten“ und der „merkantilistischen Anarchie“. Siehe den Artikel von Jacqueline Hénard: „Dany mondial. Daniel Cohn-Bendit, Spitzenkandidat der französischen Grünen, will der Linken die Angst vor Europa nehmen“, in *Die Zeit* vom 28. Januar 1999, S. 2.

weitere gemeinsame Einrichtungen zu schaffen. Insbesondere sollen gemeinsame Visa-stellen eingerichtet, Konsulate im Ausland gemeinsam betrieben werden und gemeinsame Botschafter bestellt werden. Eine koordinierende Struktur soll eingerichtet werden, die den Fortgang der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu kontrollieren hat.

Auch im Bereich des Justizwesens wird die deutsch-französische Zusammenarbeit immer enger.⁵⁹ Es soll eine gemeinsame Richterfortbildung stattfinden. Eine Abstimmung des gesamten Familienrechts ist geplant, um Streitigkeiten um das Sorgerecht für Kinder bei Scheidungen in der Zukunft zu vermeiden. Die Deutsch-Französische Juristenvereinigung e.V. (DJF) fördert schon seit 1953 die beruflichen und persönlichen Beziehungen zwischen deutschen und französischen Juristen insbesondere durch die Veranstaltung von gemeinsamen Tagungen und die Vermittlung von Wahlstationen für Rechtsreferendare und Praktika für Studierenden.

Eine besonders enge Zusammenarbeit findet schon heute in den deutsch-französischen Grenzregionen statt. Grenznahe Kooperation findet im Regionalverbund Saar-Lor-Lux oder am Oberrhein statt.⁶⁰ Laut Abkommen über Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, das 1996 in Karlsruhe unterzeichnet worden ist und für die Bundesländer Saarland, Rheinland Pfalz und Baden-Württemberg, die französischen Regionen Lothringen und Elsass, für einige schweizerische Kantone sowie für Luxemburg gilt, soll eine enge Zusammenarbeit der Gemeinden und Landkreise, Industrie- und Handelskammer, Zweckverbände, Anstalten und Stiftungen dieser Regionen stattfinden: gemeinsame Kindergärten, Schulen, Volkshochschulen, Zweckverbände für gemeinsame Kläranlagen sollen entstehen. Die Zusammenarbeit wird auch bei der Errichtung von Gewerbegebieten vertieft. Man

⁵⁸ Es handelte sich um den Präsidenten der Kommission für auswärtige Angelegenheiten der französischen Nationalversammlung und ehemaligen französischen Kulturminister Jack Lang. Seine Nominierung ins Kabinett wurde vor der Regierungsbildung von Oskar Lafontaine vorgeschlagen. Es kam jedoch nicht dazu, da man das Grundgesetz hätte ändern müssen.

⁵⁹ Dazu: Thomas Zerdick (Hrsg.): Die juristische Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Spanien und Deutschland: Die europäischen Konventionen. Baden-Baden 1999.

⁶⁰ Zum Regionalverbund Saar-Lor-Lux siehe den Leitfaden „Saar-Lor-Lux - die grenzüberschreitende Zusammenarbeit des Regionalrats Lothringen“, hrsg. vom Regionalrat Lothringen.

findet außerdem recht lebendige Regionalpartnerschaften, wie zwischen Baden-Württemberg und Rhône-Alpes.

4. Schlussfolgerung

Angesichts all dieser positiven Entwicklungen, die noch vor 20 Jahren als Utopien gegolten hätten, kann man Joschka Fischer nur zustimmen, wenn er behauptet, dass die deutsch-französischen Beziehungen sich weniger in einer Zeit der Krise als in einer Ära der Konsolidierung befinden. Freilich bekam Deutschland nach Ende des Ost-West-Konfliktes und nach der Wiedervereinigung zwangsläufig eine größere Machtstellung in Europa, die in Frankreich für Bange und Spannungen sorgte. Zugleich führt die Einführung des Euro zur Abschaffung der D-Mark, also einer wichtigen Stütze der deutschen Identität in der Nachkriegszeit mit hohem symbolischen Wert. Dies bringt in Deutschland Unsicherheit und einen breiten Euro-Skeptizismus mit sich. Und vor allem, die Verwaltungskulturen in beiden Ländern sind heute noch sehr unterschiedlich, was die Verwirklichung von guten Ideen wie die Gründung gemeinsamer Konsulate oder eine reibungslose Arbeit des gemeinsamen Ausschusses von Bundestag und der französischen Nationalversammlung nicht gerade erleichtert. Spannungen gab es jedoch in der Geschichte des Bilateralismus seit Ende des Zweiten Weltkrieges ständig. Man hat sie nur schnell vergessen und die Vergangenheit verklärt. Gilbert Ziebura erinnert uns daran, dass schon unmittelbar nach der Phase der Versöhnung und nach dem Freundschaftsvertrag von 1963 nationale Interessen von beiden Seiten ohne viel Rücksicht auf den Partner verfolgt wurden. Die Ostpolitik Willy Brandts und später Kohls Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit führten zu „Eiszeiten“. Und es gab auch immer wieder europäische Rückschläge. Heute sind „die großen Gefühle des Novembers 1989 [...] einer stillen Befriedung gewichen, die

Zweifel nicht ausschließt“, so Dominique Moïsi in einem vor kurzem erschienenen Aufsatz über die derzeitige Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen.⁶¹

Das gemeinsame politische Handeln Frankreichs und Deutschlands wird durch das Faktum erleichtert, dass es, wie Joachim Schild überzeugend gezeigt hat, in den beiden Ländern seit der Nachkriegszeit ähnliche Werteentwicklungen gegeben hat, die zu einer starken Annäherung der beiden Bevölkerungen beigetragen haben.⁶² Man denkt, fühlt und handelt immer ähnlicher auf beiden Seiten des Rheins, auch wenn es wahr ist, dass unterschiedliche Empfindlichkeiten weiter existieren. Durch die Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts - es handelt sich hier fast um eine kleine Revolution - sind sich auch die (offiziellen) deutschen und französischen Auffassungen zur Frage, was eine Nation ist, viel näher gekommen. Die Ergänzung des Abstammungsprinzips durch das modernere Territorialprinzip - das sog. Bodenrecht - ist ein Zeichen, dass man auch in Deutschland die Nation nicht mehr in erster Linie als eine Abstammungsgemeinschaft sieht, auch wenn die Bestimmungen über die Aussiedler nicht aufgehoben wurden, sondern als eine Willensgemeinschaft, als eine Gemeinschaft, die aus dem Willen der Einzelnen, gemeinsam zu handeln, entspringt - eine Auffassung, die Ernest Renan schon 1882 vertreten hatte.

Darüber hinaus gibt es starke Tendenzen einer „Pragmatisierung“ der französischen Außenpolitik. Wie Hubert Védrine vor kurzem behauptete, muss Frankreich in der heutigen multipolaren Welt ein „ausgewogenes Gleichgewicht zwischen überzogenem Anspruch und Unterschätzung“ finden. Er sieht Frankreich als eine der sieben „Mächte mit weltweitem Einfluss“. Es sei jedoch keine

⁶¹ Dominique Moïsi: „Gute Nachbarn: Zwischen Deutschland und Frankreich steht alles zum Besten“, in *Die Zeit* vom 9. Dezember 1999, S. 8.

⁶² Siehe Renate Köcher / Joachim Schild (Hrsg.): *Wertewandel in Deutschland und Frankreich*. Opladen 1998.

Hypermacht wie die Vereinigten Staaten.⁶³ Die Außenpolitik Frankreichs steuert jetzt einen vorsichtigen pro-atlantischen Kurs an und nähert sich so der von der Bundesrepublik. Außerdem können nach Védérine „Mächte mit weltweitem Einfluss“ wie Frankreich und Deutschland nur Einflussmöglichkeiten in der Welt bekommen, wenn sie eine enge bilaterale Kooperation und eine regionale Integration, hier in der EU, fördern.

Es ist angesichts dieses Weltbilds nicht verwunderlich, wenn man eine steigende Europäisierung der deutsch-französischen Beziehungen feststellen kann. Die bilateralen Fragen werden immer mehr gemeinsam mit den anderen Mitgliedern der EU angegangen. Auch zukünftige Partner wie Polen spielen dabei eine immer wichtigere Rolle. Ich erinnere nur an das berühmte Weimarer-Dreieck zwischen Deutschland, Frankreich und Polen im Bereich der Kulturpolitik. Weitere Beispiele dieser Entwicklung sind die Europäisierung des Kulturkanals ARTE, die Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung und die Schaffung der gemeinsamen Organisation für die Rüstungszusammenarbeit OCCAR. Das Eurokorps soll der Kern einer zukünftigen europäischen Armee sein.

Die Europäisierung der deutsch-französischen Beziehungen heißt jedoch nicht, dass dem Bilateralismus seine Schrittmacherrolle für Europa abhanden gekommen wäre; denn eine Alternative zum Tandem gibt es noch lange nicht. Auch wenn der Bundeskanzler Gerhard Schröder am Anfang seiner Amtszeit am liebsten mit Herrn Blair „flirten“ wollte, hat er schnell die Bedeutung der deutsch-französischen Säule für das Weitererbauen Europas entdecken müssen. Außerdem ist das Bild Deutschlands

⁶³ Védérine dazu: „Der Begriff ‘Hypermacht’ drückt meiner Ansicht nach die Tatsache aus, dass diese amerikanische Hegemonie - um einen Begriff von Brzezinski aufzugreifen - auf allen Ebenen zum Ausdruck kommt: in der Wirtschaft, im Handel, im Technologiebereich, beim Erfindungsgeist, bei der Rüstung, in der Diplomatie, bei der Sprache, bei den Bildern, bei den Informationstechnologien. Diese Vielfalt steckt weder in dem Begriff ‘Supermacht’, der zu ausschließlich militärisch geprägt ist, noch in dem Begriff ‘Großmacht’, der zu klassisch ist [... Frankreich ist] in der Kategorie der ‘Mächte mit weltweitem Einfluss’. Dies sind Länder, die bestimmte Elemente einer Großmacht haben, aber nicht alle: Sie haben die militärische, aber nicht die wirtschaftliche Macht, oder sie haben einen Sitz im Sicherheitsrat, aber nicht den Raum oder die Bevölkerung oder die Technologie usw. Aber sie haben dennoch, direkt oder indirekt, einen weltweiten Einfluss oder einen weltweiten Aktionsrahmen. In diese Kategorie würde ich sowohl Länder wie Deutschland, Großbritannien oder Frankreich einordnen als auch Länder wie Russland, China, Japan und Indien. Also sieben Länder. Es bleiben 177 andere.“ „Gespräch des französischen Außenministers Hubert Védérine mit der Wochenzeitschrift, in: *Le Nouvel Observateur* (Paris, 28. Mai 1998)“, in: *Frankreich-Info* 61, 12. Juni 1998, S. 1-2.

in England heute noch - trotz des Schröder-Blair-Papiers und der deutschen Beteiligung am Kosovo-Einsatz - negativer als in Frankreich. Das deutsch-französische Gespann ist dazu berufen, Kompromisse einzugehen und die Treue zu halten, will man einen Prozess der Re-Nationalierung mit verheerenden Folgen für ganz Europa vermeiden. Nicht ohne Grund betonen Persönlichkeit mit politischem Gewicht wie der Altkanzler Helmut Schmidt immer wieder die Bedeutung des deutsch-französischen Verhältnisses für Europa.⁶⁴

⁶⁴ Schmidt, Helmut: Patrioten setzen auf Europa. Die deutsch-französische Entente liegt im beiderseitigen strategischen Interesse, in *Die Zeit* vom 12. August 1999, S. 8. Der französische Europa-Minister Pierre Moscovici hat seinerseits mehr Bewegung in den deutsch-französischen Beziehungen von der Schröder-Regierung verlangt. Die deutsch-französischen Beziehungen müssten in eine „dynamischere Phase“ eintreten, forderte Moscovici in der „Welt am Sonntag“. Gemeinsame Visionen könnten eine starke Antriebskraft für Europa insgesamt haben. Es sei sehr wichtig, dass „Herr Schröder persönlich Beziehungen sowohl zum Staatspräsidenten wie auch zum Premierminister aufbaut“, in *taz* vom 19.7.1999, S. 8.

5. Allgemeine einführende Literatur zum Thema (Auswahl)

- Bloemer, Klaus: Abschied vom Nationalstaat. Die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen. Bonn 1997
- Bocquet, Dominique: La France et l'Allemagne : un couple en panne d'idées. Paris 1996
- Boyer, Yves (Hrsg.): Allemagne(s). Certitudes et incertitudes de la politique de sécurité. Paris 1999
- Christadler, Marieluise: Die deutsch-französischen Kulturbeziehungen 1945-1995, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B30, 1995, S. 35-44
- CIRAC et al. (Hrsg.): Handeln für Europa. Deutsch-französische Zusammenarbeit in einer veränderten Welt. Opladen 1995
- Frankreich-Jahrbuch 1995. Opladen 1996
- Frankreich-Jahrbuch 1998. Opladen 1999
- Guérin-Sendelbach, Valérie: Frankreich und das vereinigte Deutschland. Interessen und Perzeptionen im Spannungsfeld. Opladen 1999
- Höpel, Thomas / Tiemann, Dieter (Hrsg.): 1945 - 50 Jahre danach. Aspekte und Perspektiven in den deutsch-französischen Beziehungen. Leipzig 1996
- Köcher, Renate / Schild, Joachim (Hrsg.): Wertewandel in Deutschland und Frankreich. Opladen 1998
- Kocs, Stephen A.: Autonomy or Power? The Franco-German Relationship and Europe's Strategic Choices. London 1995
- La Coopération franco-allemande en Europe à l'aube du XXIe siècle : Colloque du Quarantième Anniversaire du Jumelage Aix - Tübingen. Aix-en-Provence 1998
- Leblond, Laurent: Le Couple franco-allemand depuis 1945 : chronique d'une relation exemplaire. Paris 1997
- Ménudier, Henri (Hrsg.): Le Couple franco-allemand. Paris 1993
- Oppeln, Sabine von: Verlust politischer Gestaltungskraft? Der deutsch-französische Motor erlahmt, in: Internationale Politik, Mai 1997, S.
- Rouget, Werner: Schwierige Nachbarschaft am Rhein : Frankreich-Deutschland, Hrsg. von Joachim Bitterlich und Ernst Weisenfeld. Bonn 1998
- Sauder, Axel: Souveränität und Integration. Französische und deutsche Konzeptionen europäischer Sicherheit nach dem Ende des Kalten Krieges (1990-1993). Baden-Baden 1995
- Ders.: Frankreichs Europakonzeptionen und das vereinte Deutschland. Die schwierige Balance zwischen Einbindung und Selbstbindung, in: Niedhart,

- Gottfried / Junker, Detlef / Richter, Michael W. (Hrsg.): Deutschland in Europa. Nationale Interessen und internationale Ordnung im 20. Jahrhundert. Mannheim 1997, S. 202-232
- Schild, Joachim: Durchbruch in der deutsch-französischen Sicherheitskooperation?, in: aktuelle frankreich analysen, Nr. 6, 1997
- Soutou, Georges-Henri: L'Alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands, 1945-1996. Paris 1996
- Uterwedde, Hendrik: Privatisierungspolitik in Frankreich. Eine Zwischenbilanz, in: aktuelle frankreich analysen, Nr. 4, 1996
- Watzal, Ludwig: Der Nationalstaat und die deutsch-französischen Beziehungen, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, Januar 1997
- Woyke, Wichard: Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem faßt wieder Tritt. Opladen 2000
- Zeitschrift für Internationale Politik, September 1998
- Ziebura, Gilbert: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten. Stuttgart 1997

50 ANS DE REPUBLIQUE FEDERALE D'ALLEMAGNE ET DE RELATIONS FRANCO-ALLEMANDES (1949-1999)

LAURENT LEBLOND

(Journaliste)

1. Introduction

La RFA fête cette année (1999) son cinquantième anniversaire. Cette République a joué un rôle essentiel dans des domaines aussi importants que la démocratisation de l'Allemagne, la réconciliation franco-allemande et la construction de l'Europe. La démocratie allemande a jusqu'ici bien fonctionné et cela bien qu'elle ait traversé des phases très tendues comme lors du terrorisme en 1977 et lors des manifestations pacifistes contre l'installation des missiles Pershing 2 de l'OTAN.

En 1999, on célèbre en Allemagne également deux autres événements importants : le 3 octobre, le neuvième anniversaire de l'unification, et le 9 novembre, le dixième anniversaire de la chute du mur de Berlin. Enfin, 1999 est l'année du déménagement du gouvernement de Bonn à Berlin.

Mon plan comprendra cinq parties:

- le rôle essentiel de Konrad Adenauer de 1945 à 1949 dans le processus de création de la RFA
- des relations franco-allemandes très tendues de 1945 à 1949
- la réconciliation franco-allemande par l'Europe et pour l'Europe : du Plan Schuman (1950-1957) à la CECA et au traité de Rome sur la CEE
- de l'ascendant français à l'équilibre politique, c'est-à-dire du traité franco-allemand du 23 janvier 1963 à l'unification allemande (3 octobre 1990)

- la situation actuelle caractérisée par un certain rééquilibrage des relations franco-allemandes, par des difficultés et des défis communs.

2. Le rôle essentiel de Konrad Adenauer dans la création de la RFA

Son choix de l'Ouest dès 1918

Adenauer est né à Cologne le 6 janvier 1876. Il a été membre du „Zentrum“ et maire de Cologne du 18 octobre 1917 au 13 mars 1933, date de sa révocation par le régime nazi. Dès la fin de la première guerre mondiale, Adenauer voulut ancrer l'Allemagne à l'Europe de l'Ouest et oeuvra à la réconciliation franco-allemande sur un pied d'égalité. Cette position était rare à l'époque, en Allemagne comme en France. Il attaqua vivement, au nom de l'urgence de l'entente, le Diktat de Versailles et l'intransigeance française.

Dans un discours du 1er février 1919 prononcé à Cologne devant „l'Assemblée de Cologne“ qui réunissait les principales personnalités de Rhénanie, Adenauer préconisa la constitution d'„une république fédérale allemande de l'Ouest dans le cadre du Reich allemand“. Ce projet visait à diminuer l'influence de la Prusse et à satisfaire la France, inquiète pour sa sécurité, tout en s'opposant au séparatisme rhénan soutenu par Paris. Adenauer a agi jusqu'en 1924 dans ce sens sans parvenir cependant à aboutir à ses fins.

Le destin politique d'Adenauer en 1945, à 69 ans

Adenauer avait eu „la meilleure attitude“ sous le nazisme pour assumer en 1945 un destin politique : Profondément hostile à un national-socialisme païen et méprisant profondément la personne humaine, il avait été une victime du régime. Deux fois arrêté par la Gestapo, le 30 juin 1934, lors de la Nuit des longs couteaux, et du 23 août au 25 septembre 1944 à la prison de Brauweiler, sa survie avait été quasi miraculeuse.

Mais Adenauer n'avait été ni un résistant (il ne croyait pas à la réussite de la résistance allemande), ni un héros, ni un exilé.

Alors que Kurt Schumacher (1895-1952) et avec lui le SPD donnaient la priorité à l'unité allemande, Adenauer opta à la sortie de la guerre une nouvelle fois pour l'ancrage de l'Allemagne à l'Ouest. Il était favorable à une Allemagne fédérale, alors que Schumacher prônait un pouvoir central fort. Si Adenauer imposa le choix de Bonn comme capitale de la nouvelle RFA, ce n'est pas seulement parce que sa maison de Rhöndorf était proche de cette ville. Il voulait marquer par son choix symboliquement que la RFA était un Etat temporaire et ancré à l'Ouest.

La Loi fondamentale : l'Allemagne plus démocratique que la France

Les Occidentaux et un certain nombre d'Allemands décidés à fonder un nouveau régime ont joué un rôle décisif dans le rétablissement de la démocratie à l'Ouest de l'Allemagne. En réaction contre le totalitarisme nazi, la nouvelle RFA est un Etat de droit : la Loi fondamentale adoptée le 8 mai 1949 par le Conseil parlementaire garantit les droits et libertés essentiels des individus. Accordant la priorité à la liberté sur l'unification allemande, cette constitution très démocratique a été adoptée pour une période transitoire en attendant une possible unification: Le texte précise que „le peuple dans son ensemble reste convié à parachever l'unité et la liberté du pays“.

L'Allemagne de l'Ouest est plus démocratique que la France centralisée. Son système politique prévoit plusieurs pouvoirs limités et un échelon régional disposant de larges compétences et proche du citoyen. Ce système repose sur la négociation de compromis et sur le principe de codécision avec une possible opposition au Bundesrat. La France a obtenu que la compétence culturelle soit attribuée aux Länder, ce qui rend l'ensemble plus complexe encore. Afin de faciliter les relations entre les deux pays dans ce domaine important, le traité franco-allemand du 22 janvier 1963 a prévu la création d'un ministre plénipotentiaire pour les affaires culturelles à traiter avec Paris. Tous les quatre ans, c'est un ministre-président d'un nouveau Land qui est

chargé à tour de rôle de cette mission. Elle est actuellement assurée par Kurt Beck, le ministre-président de Rhénanie-Palatinat.

3. Des relations franco-allemandes très tendues de 1945 à 1949

Des relations marquées par l'hostilité malgré l'action des pionniers de la réconciliation franco-allemande

Les relations franco-allemandes furent marquées, à la sortie de la guerre, par de l'hostilité. La sombre période de l'occupation était présent dans tous les esprits et de nombreux historiens français voyaient dans le nazisme l'aboutissement logique de toute l'histoire allemande depuis Luther.

Dès cette époque, cependant, des pionniers de la réconciliation étaient à l'oeuvre. Ce fut le cas de Joseph Rovin, responsable de la culture populaire dans la zone française d'occupation. Il parla de „l'Allemagne de nos mérites“ et organisa les premières rencontres de jeunes dès 1946. Jean du Rivau, aumônier militaire à Offenburg, créa en août 1945 les revues *Documents* et *Dokumente*, puis le *BILD* à l'automne de la même année. En octobre 1948 était fondé le „Mouvement européen“ qui oeuvrait pour une union étroite entre les pays de l'Europe de l'Ouest visant à empêcher une nouvelle guerre sur le Vieux Continent et à rétablir l'influence de l'Europe dans le monde. Konrad Adenauer et Robert Schuman, ministre des Affaires Etrangères de 1948 à 1953, en étaient tous deux membres.

La politique ambiguë de la France

De Gaulle appela dès octobre 1945, dans son discours de Fribourg, à la coopération franco-allemande dans la zone française d'occupation. Mais il voulait, dans le même temps, assurer la sécurité de la France par le contrôle de la rive gauche du Rhin et par l'intégration de la Sarre. Les USA et le Royaume-Uni se sont opposés avec succès à ce dernier projet.

La France avait de fortes réticences concernant la renaissance d'un Etat allemand à l'Ouest. Alors que les USA et le Royaume-Uni ont accepté cette idée dès 1947, Paris attendit la conférence de Londres du 3 juin 1948 pour y apporter son soutien. La France n'avait alors plus les moyens de s'opposer à ses alliés anglo-saxons, d'autant que l'URSS se faisait menaçante avec le coup de Prague du 25 février 1948.

4. La réconciliation franco-allemande par l'Europe et pour l'Europe

Le but de la construction européenne

La construction européenne a eu pour but premier d'intégrer la RFA à l'Europe de l'Ouest avec son accord afin de la contrôler et de la protéger d'elle-même. Adenauer ancrâ l'Allemagne à l'Ouest en cherchant l'entente avec la France afin de construire l'Europe et en s'alliant avec les USA de manière à pouvoir faire front efficacement à la menace soviétique. Il chercha à redonner à son pays une certaine souveraineté et à rendre possible à long terme l'unification allemande. Ce choix a été vivement combattu par le SPD, par un certain nombre de membres de la CDU et par une bonne partie de l'opinion publique qui reprochèrent au chancelier de sacrifier l'unité du pays et qui auraient préféré poursuivre le dialogue avec l'URSS de manière à faciliter l'unification allemande ou bien nouer des relations privilégiées avec les seuls pays anglo-saxons.

Le plan Schuman du 9 mai 1950 et le traité de Paris sur la CECA du 18 avril 1951

Jusqu'en 1950, il exista une très forte tension franco-allemande au sujet de la Sarre qui était alors contrôlée politiquement par la France. C'est dans ce contexte qu'Adenauer déclara : „une union étroite entre la France et l'Allemagne donnerait une vie nouvelle à l'Europe qui est gravement malade“.

Le plan Schuman du 9 mai 1950 fut une initiative spectaculaire et réaliste suggérée par Jean Monnet. Elle était réaliste car la France n'avait pas les moyens d'agir autrement si elle voulait peser sur la solution du problème allemand et sur la configuration de la future Europe. Schuman, après avoir obtenu l'accord préalable d'Adenauer, proposa de placer l'ensemble de la production française et allemande de charbon et d'acier sous une autorité commune ouverte aux autres pays d'Europe. Dans sa réponse, Adenauer introduisit la notion d'égalité qui ne figurait pas dans la proposition de Robert Schuman.

La RFA retrouve une grande partie de sa souveraineté (1952-1955)

Le 26 mai 1952 vit la signature du traité sur l'Allemagne (*Deutschlandvertrag*) qui prévoyait d'abroger le statut d'occupation. Elle intervint après de très longues réunions, la dernière séance de négociation ayant duré 17 heures sans interruption. Adenauer souligna à cette occasion : „Pour réussir en politique, il faut savoir rester assis plus longtemps que les autres“.

Après l'échec du traité sur le CED du 27 mai 1952 fut créée, le 23 octobre 1954, l'UEO. Cette décision rendit possible le réarmement de l'Allemagne et la suppression du statut d'occupation. La RFA retrouva, le 5 mai 1955, une souveraineté qui ne s'étendait cependant pas au problème allemand. Le drapeau allemand fut alors hissé à Bonn au Palais Schaumburg. Le 9 mai 1955, la RFA adhéra à l'OTAN, et Adenauer fut reçu solennellement au Palais Chaillot à Paris. A un jour près, c'était dix années après la capitulation allemande du 8 mai 1945. Les traités de Rome créant la CEE et l'Euratom furent signés le 25 mars 1957 sur un pied d'égalité. La répression soviétique en Hongrie et l'échec de l'expédition de Suez confirmèrent Adenauer dans sa conviction qu'il fallait créer l'Europe.

5. De l'ascendant français à l'équilibre politique (1963-1996)

La politique française la plus constante : assurer la prépondérance de la France sur la RFA (1945-1989) pour mener l'Europe de l'Ouest

La France chercha, après la guerre, à assurer sa prépondérance sur la RFA afin de pouvoir mener l'Europe de l'Ouest. C'est dans cet esprit que Paris accepta le traité franco-allemand de coopération du 22 juin 1963 qui fut signé à l'Élysée par de Gaulle et Adenauer et qui portait sur la politique étrangère, sur la défense, l'éducation et les échanges de jeunes. Il couronnait le processus de réconciliation franco-allemande. Et pourtant il échoua. Le texte aurait pu, en effet, remettre en cause l'équilibre des rapports de force dans le monde. En raison de l'opposition des USA, le traité ne fut appliqué pleinement que dans le domaine des échanges de jeunes avec la création de l'OFAJ le 5 juillet 1963. Depuis, presque 6 millions de jeunes français et allemands issus de divers milieux sociaux ont participé dans ce cadre à des échanges culturels.

Il y a eu, après-guerre, des occasions ratées comme lors du voyage triomphal de de Gaulle en RFA du 4 au 9 septembre 1962 qui aurait pu donner une impulsion décisive à la construction de l'Europe, et des tensions, en particulier en raison de l'*Ostpolitik* de Willy Brandt, ou bien encore, plus récemment, lors du 40^e anniversaire du débarquement en Normandie. Mais, dans le même temps, les relations franco-allemandes ont été facilitées par les affinités électives existant entre des responsables politiques comme de Gaulle et Adenauer, Giscard et Schmidt ou Mitterrand et Kohl. La cérémonie funèbre devant l'ossuaire de Douaumont à Verdun le 22 septembre 1984, lors de laquelle Kohl donna la main à Mitterrand, fut le symbole par excellence de la réconciliation entre les deux pays.

Juste un court aperçu sur les relations de la France et de l'Allemagne de l'Est : La France n'a reconnu la RDA, le 9 février 1973, qu'à la suite de la signature, le 21 décembre 1972, du traité fondamental entre les deux États allemands (*Grundlagenvertrag*). Un accord culturel entre les deux pays a été signé le 6 juin 1983. Le 12 décembre de cette même année fut ouvert un institut culturel de la RDA à Paris

et le 27 janvier 1984 un institut culturel français à Berlin-Est, le seul institut de ce genre créé par un pays occidental. Il fut accueilli favorablement par la population de Berlin-Est qui a eu, par ce biais, accès à des organes de presse de l'Ouest. L'institut culturel de la RDA n'a pas rencontré le même succès. Il fut, dans une très large mesure, un lieu de propagande. Et les voyages de Fabius en RDA en 1985 et de Honecker à Paris en 1988 n'ont pu briser le mur idéologique qui séparait les deux pays.

L'égalité politique depuis l'unification allemande

L'unification allemande a modifié d'une manière fondamentale la situation en Europe. L'ouverture du mur de Berlin, le 9 novembre 1989, fut, de ce point de vue, un moment essentiel. En France, la plupart des dirigeants politiques se trouvaient à l'époque en décalage par rapport aux 70% de Français favorables à l'unification. Le 9 décembre 1989, dans une conférence de presse tenue à l'issue du Conseil européen de Strasbourg, François Mitterrand posait pratiquement comme préalable à l'unification allemande l'accélération de l'unification européenne. Il se rendit les 20 et 21 décembre 1989 à Berlin-Est et rencontra Hans Modrow. Cette démarche, qui choqua les dirigeants allemands, fut la réponse française aux faux pas de Kohl. Celui-ci n'avait pas informé Mitterrand de son plan en dix points du 28 novembre 1989 sur l'unification allemande et il s'opposa longtemps, afin de ménager ses électeurs réfugiés de Silésie après la guerre, à une reconnaissance officielle de la frontière Oder-Neisse avec la Pologne.

6. La situation actuelle : un certain rééquilibrage et des difficultés

Il existe aujourd'hui un rééquilibrage monétaire entre les deux pays grâce à la création de l'euro. Il met fin à la domination allemande en la matière et favorise la stabilité des échanges entre les onze pays de la zone euro.

Il y a eu, ensuite, un rééquilibrage politique au niveau européen avec le choix de Romano Prodi comme nouveau président de la Commission européenne. La partie Sud de l'Europe s'en trouve renforcée.

Nous assistons également à un rééquilibrage par rapport au passé. L'écrivain Martin Walser s'est prononcé le 11 octobre 1998, alors qu'il recevait à Francfort le Prix de la Paix, contre le discours routinier de repentance imposé, selon lui, aux Allemands concernant le génocide du peuple juif. Il serait, selon lui, temps de voir dans le peuple allemand un peuple comme les autres. Ce langage a été repris par le nouveau chancelier et par une partie de ses ministres, dont Michael Naumann, secrétaire d'Etat allemand à la culture. Le Mémorial aux victimes de la Shoah à Berlin a fait l'objet de longues controverses. Il est vrai, toutefois, que Roman Herzog s'est rendu le 27 janvier 1995 à Auschwitz pour commémorer le 50^e anniversaire de la libération du camp de concentration et que cette date a été retenue en RFA pour commémorer le génocide. Dans le même temps, la France a commencé à faire un travail de mémoire sur son propre passé récent. Un décret du 3 février 1993 a introduit une journée commémorative des persécutions racistes et antisémites. Il s'agit du 16 juillet, jour anniversaire de la rafle du „Vel' d'Hiv“ de 1942. Jacques Chirac a reconnu, le 16 juillet 1995, la responsabilité de l'Etat dans l'arrestation et la déportation des juifs sous le régime de Vichy.

Il y a enfin un rééquilibrage dans le domaine de la politique étrangère et de sécurité commune. Le Tribunal constitutionnel de Karlsruhe a autorisé, par une décision du 12 juillet 1994, la participation de soldats allemands à des missions de maintien de la paix dans des forces internationales à la condition que se dégage au

Bundestag une majorité simple sur ce point. Des soldats allemands de la Brigade franco-allemande participent depuis décembre 1996 en Bosnie, pour la première fois depuis 1945, à une opération de maintien de la paix comportant un possible usage de la force. Lors du conflit du Kosovo, des pilotes allemands ont pris part à des opérations de bombardement organisées par l'OTAN.

En dépit de ces divers rééquilibrages, des difficultés subsistent. Il n'y a pas eu de rééquilibrage du budget européen en faveur de la RFA au sommet de Berlin du 25 mars 1999. Ce n'est pas sain pour les relations franco-allemandes, même s'il est vrai que beaucoup d'entreprises allemandes tirent déjà de grands profits de l'existence l'Union européenne. C'est le cas, par exemple, de la construction du métro d'Athènes, financé à 80% par l'UE et qui a été attribuée à une société allemande.

L'accord intervenu en juillet 1998 entre les bourses de Francfort et de Londres a été, en outre, mal ressenti par la bourse de Paris. Ce bras de fer est dû à la fois à la volonté de Francfort de s'imposer comme la capitale boursière du continent et à un complexe de supériorité affiché par Paris en raison de son avance technologique dans ce domaine. Il y avait eu auparavant un accord entre la bourse de Paris pour les marchés à terme et celles de Chicago et Singapour. Les bourses du continent ont une avance technologique par rapport à celle de Londres qui a perdu de nombreuses parts de marchés depuis déjà plusieurs mois. Il existe également de vives tensions concernant l'Airbus, l'accord prévu entre le Deutsche Telekom et le Telecom Italia et la question du retraitement des déchets atomiques allemands à la Hague.

Lieferbare Ausgaben der Reihe "Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung":

- Heft 1** Neue Wege der Zusammenarbeit in Süd-Ost-Asien
(Jürgen Rüländ, 1994)
- Heft 2** Regionale Konflikte, Rüstungswetlauf und nukleare Proliferation in Südasien
(Christian Wagner, 1995)
- Heft 3** Argentinien nach den Wahlen vom Mai 1995. Stellungnahmen argentinischer
Wissenschaftler und Politiker aus Anlaß des Symposiums "Argentinien - Politik,
Kultur und Außenbeziehungen" vom 30.6. - 2.7.1995 in Rostock
(Peter Birle / Nikolaus Werz, 1995)
- Heft 4** Wirtschaftspartner Asien: Mecklenburg-Vorpommerns Unternehmer auf der
Suche nach neuen Märkten. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung
(Jost Bandelin / Gerald Braun / Jürgen Rüländ, 1995)
- Heft 5** The Asia-Europe Meeting (ASEM): Towards a New Euro-Asian Relationship?
(Jürgen Rüländ, 1996)
- Heft 6** Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern
(Nikolaus Werz / Jochen Schmidt)
- Heft 7** Politischer Wandel und wirtschaftliche Reformen in Indien
(Christian Wagner, 1997)
- Heft 8** Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Situation von Frauen
in Mecklenburg-Vorpommern
(Conchita Hübner, 1997)
- Heft 9** Canada's Asia Pacific Policy on the Eve of the APEC-Summit 1997
(Martina Zellmer-Bjick, 1997)
- Heft 10** Vom Feindbild zur Armee der Einheit - Die Bundeswehr der Einheit aus der
persönlichen Sicht von zwei betroffenen Soldaten
(Falko Brinner / Michael Storck, 1998)
- Heft 11** Tourismus und Tourismuskonzepte in Mecklenburg-Vorpommern
(Johann-Friedrich Engel, 1999)
- Heft 12** Der Wahlsieg und der Regierungsbeginn von Hugo Chávez Frías in Venezuela
(Friedrich Welsch / Nikolaus Werz, 1999)
- Heft 13** Die deutsch-französischen Beziehungen. Rückblick und aktueller Stand
(Yves Bizeul / Matthias Schulz, mit einem Aufsatz von Laurent Leblond, 2000)